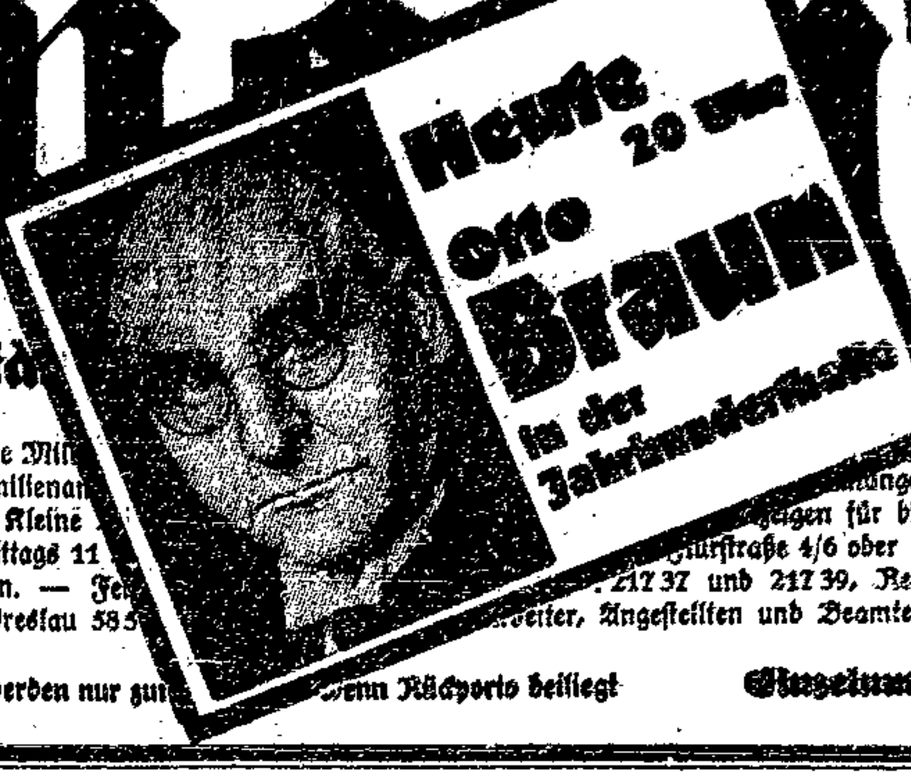
Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktä...



Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer" und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.45 Rmk., monatlich 1.55 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 1.90 Rmk. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Rmk.

Anzeigenpreis: Je Mill... Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienan... ...ungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine ... ...zeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 ... Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fe... 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21738. Postscheckkonto: Breslau 585... ...rbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. — Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zu... ...wenn Rückporto beiliegt — Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang — **Donnerstag, den 14. April 1932** — **Nr. 87**

Endlich wird Deutschland vor Gewalt geschützt

Mörder-S.A. aufgelöst!

Durch Notverordnung des Reichspräsidenten — Einstimmiger Beschluß der Reichsregierung
Sofort alle S.A.-Heime geschlossen — Deutschlands Bevölkerung atmet auf

Die Verbotsverordnung

Der Reichspräsident hat am Mittwoch abend auf Grund des Artikels 48 zur Sicherung der Staatsautorität die Auflösung der SA.- und SS.-Formationen verfügt. Die betreffende Verordnung hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1.

Sämtliche militärähnlichen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, insbesondere die Sturm-Abteilungen (SA.), die Schutzstaffeln (SS.), mit allen dazu gehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen, einschließlich der SA.-Beobachter, SA.-Reserven, Motorstürme, Marinestürme, Reiterstürme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA.-Kasernen und der Zeugmeistereien werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

§ 2.

1. Die zur Zeit der Auflösung im Besitz der aufgelösten Organisation oder eines ihrer Mitglieder befindlichen Gegenstände, die dem militärähnlichen Zwecke der Organisation gedient haben, oder zu dienen bestimmt gewesen sind, können polizeilich sichergestellt werden. Auf Verlangen des Reichsministers des Innern muß dies geschehen.

2. Gegen die polizeiliche Anordnung ist die Beschwerde im Dienstaufsichtswege zulässig. Eine auf Verlangen des Reichsministers des Innern angeordnete Sicherstellung kann nur mit seiner Zustimmung abgeändert werden.

3. Schadenersatzansprüche wegen Verlustes oder Beschädigung sichergestellter Gegenstände sind ausgeschlossen, sofern nicht der Schaden durch vorsätzliches Handeln verursacht ist.

§ 3.

1. Wer sich an einer Organisation, die auf Grund dieser Verordnung aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder sie auf andere Weise unterstützt oder den durch die Organisation geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

2. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

3. Gegenstände, die nach der Auflösung der Organisation für die Zwecke der aufgelösten Organisation oder der Ersatzorganisation gebraucht oder bestimmt sind, können eingezogen oder unbrauchbar gemacht werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.

4. Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf die Einziehung oder Unbrauchbarmachung selbständig erkannt werden.

§ 4.

Diese Verordnung tritt, mit Ausnahme des § 3, mit ihrer Verkündung in Kraft; § 3 tritt mit dem zweiten Tage nach der Verkündigung in Kraft.

2. Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern.

Groeners Durchführungsverordnungen

Der Reichsminister des Innern hat zur Durchführung vorstehender Verordnung des Reichspräsidenten folgende Bestimmungen erlassen:

Auf Grund des § 4, Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 175) wird hiermit verordnet:

§ 1.

Soweit bei der Durchführung der Auflösung der im § 1 der Verordnung bezeichneten Organisationen SA.-Heime oder ähnliche Einrichtungen aufgelöst werden, in denen Mitglieder der aufgelösten Organisationen wohnen, ist dafür Sorge zu tragen, daß diese Personen nicht der Obdachlosigkeit verfallen. Die Polizeibehörde hat ihnen zu diesem Zweck entweder eine angemessene Räumungsfrist zu setzen, die ihnen die Erlangung einer anderen Unterkunft gestattet, oder im Benehmen mit den Behörden der öffentlichen Fürsorge dafür Sorge zu tragen, daß sie eine andere Unterkunftsmöglichkeit erlangen und für eine angemessene Uebergangszeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

§ 2.

Der polizeilichen Sicherstellung gemäß § 2 der Verordnung unterliegen insbesondere sämtliche zum Dienstanzug der SA. gehörenden Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände, einschließlich der Abzeichen, wie sie im einzelnen auf S. 185ff der Dienstvorschrift für die SA. aufgeführt sind. Der Sicherstellung unterliegen ferner die Fahnen und Standarten, sowie alle sonstigen Gegenstände, die den militärischen Zwecken der Organisation gedient haben oder zu dienen bestimmt waren, wie zum Beispiel Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, sonstige Mittel zur Bewerkstelligung des Nachrichten- und Relaisdienstes, Sanitätsmaterial, Instrumente der Spielmanns- und Musikzüge, Feldküchen, Zelte.

Wie die Reichsregierung das Verbot begründet

Die Reichsregierung begründet das Verbot von Hitlers Privatarmee wie folgt:

„Die Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und sonstige militärähnliche Organisationen der NSDAP. sind durch eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung aufgelöst worden.

Die Reichsregierung hat dem Herrn Reichspräsidenten diese Maßnahme einstimmig empfohlen.

Die Auflösung dieser Organisationen ist gemäß den Grundgesetzen des staatlichen Lebens notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren.

Die genannten Organisationen sind, wie bekannt in allen äußeren Dingen bis in Kleinigkeiten den militärischen Formationen nachgebildet. Sie stellen ein Privatheer dar, ein Parteiheer, wenn auch zum Teil unbewaffnet. Hunderttausende sind bei unbedingter Befehlsgebundenheit, zum Teil mit kasernenmäßiger Unterbringung, in Aktionsgruppen gegliedert, die wie militärische oder polizeiliche Mannschaften auftreten können und aufgetreten sind. Auch ohne schwere Waffen können solche Gruppen jederzeit Gewalthandlungen durchführen und Teile der Bevölkerung unter den Druck eines Zwanges stellen.

Schon das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation, die einen Staat im Staate bildet, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft, die im Schutze der Gesetze ihrer Beschäftigung nachgeht. Es ist ausschließlich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu unterhalten. Sobald eine solche Macht von privater Seite organisiert wird und der Staat dies duldet, besteht bereits Gefahr für Ruhe und Ordnung. Die ruhigen Bevölkerungskreise können eine solche, naturgemäß einseitig und parteimäßig aufgestellte Organisation nicht ertragen. **Die Entwicklung führt folgerichtig zu Zusammenstößen und letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen.** Bei einer solchen Entwicklung würde der Staat die Achtung, die er für seine verfassungsmäßigen Einrichtungen, insbesondere für Militär und Polizei, fordern muß, verlieren.

Nun sind von den Führern der aufgelösten Legalitätserklärungen abgegeben worden. Selbst wenn solche Erklärungen völlig ernst gemeint sind und hinter ihnen der Wille steht, an der Gesetzmäßigkeit festzuhalten, so ist **doch unzweifelhaft, daß in einem Rechtsstaat die Gewalt lediglich bei den verfassungsmäßigen Organen des Staates selbst organisiert sein darf.**

Jede private Gewaltorganisation kann deshalb ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung sein.

Es besteht auch die Gefahr, daß eine solche, nach allen

Deutschlands Arbeiter fordern

Schafft endlich Arbeit!

Beschluß des Krisen-Kongresses der freien Gewerkschaften
Umfassende Arbeitsbeschaffungsaktion gefordert

Der Krisenkongreß der Freien Gewerkschaften schloß am Mittwoch seine Beratungen über die Frage der Arbeitsbeschaffung mit der Annahme folgender Entschließung:

I.

„Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongreß richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergebung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfange, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten, die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongreß verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Ueberwindung gesteigert werden. Alle noch auftreibbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erzielten Erträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongreß die Forderung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so auszugestalten ist, daß sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongreß wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaufkraft. Der Kongreß fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als eine gleichfalls unerläßliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. **Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volkskreise verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten."**

ihren Einrichtungen und Vorschriften auf den Kampf im Innern eingestellte Organisation eines Tages die Partei selbst in die Illegalität hineinreißen würde. **Die Führer dieses Privatheeres müssen, gerade in dem Bestreben, militärisch zu arbeiten und hierbei Besonderes zu leisten, die Partei notwendigerweise mit der Staatsführung und den Machtmitteln des Staats in Konflikt bringen.**

Davon abgesehen,

waren bei den aufgelösten Organisationen zahlreiche schwerwiegende Ordnungswidrigkeiten und Uebergriffe festzustellen. Diese haben größte Beunruhigung in weiteste Volkskreise getragen.

Polizeiliche und gerichtliche Stellen sind mit der Prüfung von umfangreichem Material befaßt. Der Ausgang dieser Verfahren braucht aber nicht abgewartet zu werden, da die Auflösung der Organisationen aus staatspolitischen Gründen erfolgt und von dem Ergebnis der Untersuchung, ob und in welchem Umfange strafbare Handlungen Einzelner begangen worden sind, völlig unabhängig ist.

Die Maßnahme der Auflösung dient der Staatserhaltung selbst.

Sie entspringt einer streng überparteilichen, nach allen Seiten gleiches Maß anwendenden Einstellung der Reichsführung.

Es geht nicht um Parteien oder Regierungen, es geht um den deutschen Staat selbst.

Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden, und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Auch der Rote Frontkämpferbund ist im Jahre 1929 der Auflösung verfallen, weil er eine Gefahr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung geworden war. **Wenn der Staat seine oberste Autorität als Hüter des Gesetzes, als Schützer friedlicher Staatsbürger vernachlässigt, so ist er in Gefahr, der Anarchie zu verfallen.** Dieser ernste Gesichtspunkt verdient in der gegenwärtigen Notzeit höchste Beachtung. Wir müssen in den kommenden Monaten gegen die Wirtschaftsnot mit tatkräftigen Mitteln angehen; wir müssen in schicksalshaften außenpolitischen Verhandlungen um Lebensrecht und Freiheit kämpfen. Die erste Bedingung für das Gelingen der Rettungsaktion ist das Vertrauen des deutschen Volkes in die Festigkeit seiner staatlichen Verhältnisse.

Das deutsche Volk lebt unter einer freiheitlichen Verfassung. **Freiheit kann aber nicht gedeihen ohne Ordnung.** Im Interesse der Ordnung muß volle Klarheit darüber geschaffen werden, daß in Deutschland der Staat und nur der Staat mit fester Hand Recht und Gesetz aufrecht erhält.

Die Reichsregierung weiß sich in der Auffassung der Lage mit der großen Mehrzahl der Länderregierungen einig.

Sie ist fest entschlossen, auch in Zukunft gegen jeden Versuch, einen Staat im Staate zu bilden, ohne Ansehen der Person und der Partei mit allen Machtmitteln des Staates rücksichtslos einzuschreiten.

Die Auflösung der militärähnlichen Organisationen der NSDAP. soll nach den Anweisungen des Reichsministers des Innern ohne Härte durchgeführt werden. Die NSDAP. selbst wird durch die Verordnung nicht berührt. Ihr steht im Rahmen der Gesetze die gleiche Betätigungsfreiheit zu wie allen anderen Parteien.

Ueber allen Parteien aber steht das deutsche Vaterland. Seinem Wohl zu dienen, ist der oberste Grundsatz des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung."

(Vgl. auch dritte Seite Hauptblatt.)

Otto Braun auf dem Krisenkongreß

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun nahm am Mittwoch auf dem Krisenkongreß der freien Gewerkschaften in einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede zur Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung. Er führte aus:

Die preußische Staatsregierung hat mit steigender Besorgnis die Entwicklung des Wirtschaftslebens verfolgt und in den Grenzen ihrer Zuständigkeit und nach Maßgabe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel sich bemüht, zur Milderung der Arbeitslosigkeit beizutragen. An der Subventionierung von Privatunternehmungen ist vielfach auch der preußische Staat beteiligt. Ich habe in jedem solchen Falle erhebliche Bedenken zum Ausdruck gebracht. Wenn wir es doch getan haben, so nicht zuletzt deshalb, um die Arbeitslosigkeit nicht noch anwachsen zu lassen. Es sind ja auch vielfach die Vorsitzenden der Betriebsräte gewesen, die bei uns darauf drängten, durch eine Subvention die Aufrechterhaltung des Betriebes zu ermöglichen. **Was wir unter allen Umständen erhalten müssen, ist ein gesunder Binnenmarkt.**

Bei dem Umfang der Arbeitslosigkeit ist ihr allein auf privatkapitalistischem Wege nicht beizukommen.

Bei der Größe der Not muß mit öffentlichen Mitteln eingegriffen werden. Aber wir sehen doch auch einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Staatsfinanzen. Die Wirtschaftskrise setzt nicht nur die Kaufkraft der Bevölkerung herab, sondern auch ihre Steuerkraft; sie trifft also unmittelbar die Staatsfinanzen. In dem Maße, wie sich die Wirtschaftskrise verschärft, gehen auch die Einnahmen der öffentlichen Hand zurück, aus denen doch öffentliche Arbeiten bestritten werden sollen. **Der Staat könnte, wenn die Wirtschaft gesund wäre, tausendmal mehr leisten**, ja er würde gar nicht in Anspruch genommen werden. Aber weil es so schlecht geht, wird viel von ihm gefordert, und gerade deshalb ist er weniger imstande, diese Forderungen zu befriedigen.

Trotz alledem muß aber etwas geschehen.

Vor allem dürfen die demoralisierenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit nicht länger die jungen Leute gefährden. Die öffentliche Verwaltung muß alles tun und unter Umständen auch etwas riskieren, um die Mittel zu wirtschaftlich notwendiger Arbeit der brachliegenden Arbeitskräfte im öffentlichen Interesse aufzubringen.

Zur Ankurbelung der Privatwirtschaft ist **vor allem internationale Kreditwirtschaft notwendig.** Es handelt sich nicht nur um das Reparationsproblem. Für mich ist dieses gelöst dadurch, daß Deutschland absolut nicht zahlen kann. (Beifall.) Das haben auch alle diejenigen, die als zahlungssüchtige Verständigungspolitiker verschrien wurden, immer gesagt: es kommt der Zeitpunkt, wo auch der Blindeste sieht, daß nicht gezahlt werden kann. Aber die Privatkredite sind viel wichtiger. **Eine fruchtbare internationale Kreditgestaltung kann nur zustandekommen, wenn einmal diejenigen, die über das Geld verfügen, das uns fehlt, zur deutschen Wirtschaft und Politik das Vertrauen haben, daß alles ordnungsmäßig geht und sie ihre Zinsen bekommen. Solange aber bei uns die Selbstzerfleischung und die Vernichtung der Volkskraft weitergeht, solange kann dieses Vertrauen zu Deutschland im Ausland nicht aufkommen.** Man erwartet dort, was die politischen Entscheidungen der nächsten Zeit bringen. Sie sind entscheidend auch dafür, ob wir in die Zusammenarbeit mit der Weltwirtschaft wieder hineinkommen, und ob wir aus der Misere herauskommen, deren Schlimmstes die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit sind.

Man hört das Schlagwort, wir müssen uns wieder „großhungern". Der das spricht, meint dabei immer den anderen. (Große Heiterkeit.) Großhungern kann man sich nicht. Wenn wir alle barfuß gehen wollten und in Papphemden wie in der seligen Kriegszeit herumlaufen, dann könnten wir auch noch die letzten unserer Fabriken schließen. Wer soll aber dann die Arbeitslosenunterstützung zahlen? Und wenn das Volk nur Kartoffeln und Salz haben sollte, wie sollte es das erlangen? **Nur von einem gesunden Binnenmarkt aus können wir leistungsfähig zum Weltmarkt kommen.** Drückt man aber die Löhne immer weiter, um zu exportieren, so zerstört man den Binnenmarkt und außerdem errichtet das Ausland gegen solche Unterbietung Dämme. Das Ausland hat auch Arbeitslose und wartet nicht, bis wir es mit billigen Waren überschwemmen.

Sobald die innerpolitischen Entscheidungen getroffen sind und die außenpolitische Klärung eingetreten ist, müssen wir mit aller Kraft das Arbeitslosenproblem angreifen. **Nach meiner Ueberzeugung ist das nur möglich durch**

eine ganz radikale Verkürzung der Arbeitszeit

— da gehe ich noch weit über ihre Vierzigstundenwoche hinaus. (Starker Beifall.) Ich sehe darin die einzige Möglichkeit, den Menschen die Lust an der Arbeit wieder zu geben und damit aus einer Situation zu entfliehen, in die uns der unselige Krieg mit seinen Folgen gebracht hat. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Schumann spricht im Namen des Kongresses Otto Braun herzlichen Dank für seine Worte aus. (Neuer lebhafter Beifall.)

(Ausführlicher Bericht über den Krisenkongreß unter „Arbeit und Wirtschaft".)

Große Freude selbst beim Bürgertum über das Verbot

Das Verbot der SA. und SS. wird in Bayern mit der größten Genugtuung begrüßt. Das offiziöse Organ der bayrischen Regierung, die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz", schreibt dazu:

„Das Verbot und die Auflösung der nationalsozialistischen Parteiarmee im ganzen Reichsgebiet durch die Reichsgewalt war ein dringendes Gebot der staatlichen Selbsterhaltung. Längst haben die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln mit ihrer ausgesprochen militärischen Organisation und Gliederung einen Charakter angenommen, der sich mit dem Wesen eines Ordnungs- und Rechtsstaates unmöglich verträgt. Die Handhabe zu einem Eingreifen war also in grundsätzlicher Beziehung schon längst gegeben, und es hätte der Vorkommnisse der letzten Zeit wahrlich nicht erst bedurft, die die Reichsregierung und den Reichspräsidenten zu ihrem jetzigen Entschluß veranlaßt haben. Denn es handelt sich um die militärische Organisation einer Partei, die nach einer Beseitigung der bestehenden Staatsordnung trachtet und deshalb als revolutionär und staatsfeindlich anzusprechen ist. Die rein taktischen Bedürfnissen entsprechenden Legalitätsbeteuerungen des obersten Führers der SA. und SS. können an dieser Tatsache nichts ändern."

* * *

Das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania", schreibt zur Auflösung der Privatarmee des Herrn Hitler unter anderem:

„Wenn jetzt die Auflösung dieser in ihrem Dasein und ihren Zielen illegalen Truppe der Nationalsozialistischen Partei durch einen besonderen Staatsakt verfügt ist, dann sind die Motive zu diesem Vorgehen für eine ihrer Verantwortung bewußte Regierung von so zwingender Natur, daß niemand den Versuch machen sollte, sie zu mißdeuten. Vor diesem Versuch sollten sich vor allem diejenigen Kreise der Rechten hüten, die sonst in allen Fragen der staatlichen Autorität nicht nur ein sehr scharfes Urteil, sondern auch eine ehrliche Empfindlichkeit gezeigt haben. Gerade für sie sollten gewisse Grundsätze der staatlichen Autorität, die das Allgemeingut aller Kulturstaaten sind, auch dann Geltung behalten, wenn ihre Verletzung von einer Seite erfolgt, der sie sonst parteipolitisch und ideenmäßig enger verbunden sind. Das scheint uns eine Pflicht der Objektivität zu sein, die man am allerwenigsten dann aufgeben sollte, wenn es sich um eine vom nackten Staatsinteresse diktierte reinliche Scheidung zwischen der legitimen staatlichen Gewalt und illegitimen privaten Machtbestrebungen handelt."

Ekel vor der Korruption bei den Nazis

Deshalb tritt ein hervorragender Jugendführer der NSDAP. aus der Nazipartei aus — 2400 Mark Monatsgehalt eines SA.-Führers

Köln, 13. April. (Eigener Drahtbericht.)

In der nationalsozialistischen Bewegung des Rheinlandes scheint ein großer Krach im Anzuge zu sein.

Der bisherige Jugendführer der rheinischen Nationalsozialisten, Kayser-Köln, ist, wie er in einer Erklärung mitteilt, aus der NSDAP. ausgetreten. Er begründet diesen Schritt damit, daß ihn die Bonzenwirtschaft und die allgemeine Korruption in der NSDAP. angewidert habe. Er habe mitansehen müssen, daß alle Versuche, den Gedanken des nationalen Sozialismus vor einer Verfälschung zu bewahren, vergeblich gewesen seien.

Die Parteileitung der Nazis versucht ihre Verlegenheit über diesen Schritt Kaysers dadurch zu verdecken, daß sie bekannt gibt, Kayser sei ausgeschlossen worden. Kayser, bisher täglich als echter Nazimann gefeiert, wird jetzt auf einmal als ein Mann geschildert, dessen praktische Haltung im schroffsten Widerspruch zum Wesen des Nationalsozialismus stehe. Aber Kayser war bis jetzt **nicht nur Gauführer der Hitler-Jugend für den Gau Köln-Aachen, sondern auch Gebietsführer der Hitler-Jugend für ganz Nordwestdeutschland und Reichsredner der Nationalsozialistischen Partei.** Auch im Präsidentschafts-Wahlkampf ist er in großen Wahlversammlungen als nationalsozialistischer Redner hervorgetreten. Vor wenigen Wochen erst sprach er in Köln zusammen mit dem braunschweigischen Minister Klagges in der großen Messehalle. Er war es, der unter dem Jubel seiner Parteigenossen und der nationalsozialistischen Presse in dieser Versammlung Hindenburg aufforderte, zurückzutreten und einem deutschen Manne Platz zu machen.

Es wird hier erwartet, daß der Schritt Kaysers weitere Kreise zieht. Augenblicklich herrscht insbesondere innerhalb der Kölner SA. eine starke Erregung über eine Veröffentlichung,

nach der der Kölner SA.-Führer monatlich nicht weniger als 2400 Mark Gehalt bezieht.

Das sind 28 800 Mark im Jahre.

Die Benzinstation

Roman von Sinclair Lewis

Einzig berechtigte Uebertragung aus dem Amerikanischen von Clarisse Meitner

Alle Rechte vorbehalten - Nachdruck verboten

(5. Fortsetzung)

„Ja. Sie ist der Kapitän des Schiffes. Ich bin nur der Maschinist."

„Wie heißt sie?"

Der junge Mann schritt, bevor er antwortete, weiter bis vor Claires Wagen, und sie trabte gehorsam hinter ihm her. Er bückte sich, um die Vorderräder zu besehen. Er hob den Kopf, sah zu ihr auf und wurde wieder rot. „Ihr Name ist Vere de Vere!" gestand er. Dann lief er wieder zu seinem Karren zurück. Er fuhr ihn bis vor den Gemeng-Dep. Das Loch in der Straße selbst war ebenso tief wie das an dem Rande des Kornfeldes, in dem sie stecken geblieben war, aber er nahm es spielend. Sie war von dieser Geschicklichkeit fasziniert. Wo sie eine zehntel Sekunde gezögert hätte, um den besten Kurs zu wählen, schleuderte er den Wagen gerade auf das Loch zu, tauchte zwischen glasig schwarzen Wassermauern, die sich zu beiden Seiten neben ihm wölbten, durch, riß den Wagen arglistig erst nach rechts, dann nach links und wieder geradeaus, immer den Spuren folgend, die im festesten Boden liefen.

An dem winzigen Winkeleisen, das als Stufe dienend ein Trittbrett ersetzte, war ein alter Spaten befestigt. Der junge Mann grub Rinnen vor allen vier Rädern von Claires Wagen, so daß sie sanft bergauf fahren konnten, statt gegen die senkrechten Kotmauern, die sie aufgeworfen hatten, hart anzurennen. Auf diese schiefen Flächen streute er das von Claire gesammelte Reisig; plötzlich innehaltend, hob er aus seiner kauernden, gebückten Stellung mitten im Kot den Kopf leicht zu ihr empor und fragte: „Mußten Sie dieses Reisig selbst holen?"

„Ja. Schrecklich naß!"

Er schüttelte nur voll Mitgefühl den Kopf.

Er befestigte das Schleppseil an der Hinterachse seines Wagens und an der Vorderachse des ihren. „Wollen Sie jetzt, bitte, mit ganzer Kraft aufdrehen, wenn ich zu ziehen anfange", sagte er fragend, beinahe respektvoll. Als der schwer arbeitende Karren das Drehseil gespannt hatte, öffnete sie die Drosselklappe. Das Seil zitterte. Ihr Wagen schien mürrisch zurückzuziehen. Dann kam er herauf — wirklich herauf — das freudigste Erlebnis für jeden Automobilisten. In der Aufregung darüber, tatsächlich wieder vorwärts zu kommen, so schnell wie nur irgend eine lebendige Schnecke, fuhr sie weiter und weiter, während der junge Mann voraus auf sie zurückgrinste. Auch blieb weder sie noch er stehen, ehe nicht beide Wagen eine viertel Meile weiter in dem nunmehr bloß dicken Kot in Sicherheit waren. Sie stellte den Motor ab und plötzlich ergriff sie ein Wirbelwind schwindelerregender, krankmachender Müdigkeit. Aber noch während sie sich dieser vollkommenen Erschöpfung hingab, bemerkte sie, daß der junge Mann sie nicht anstarrte, sondern, ihr weiter den Rücken kehrend, das Schleppseil abnahm und es in seinem Karren verstaute. Sie überlegte, ob es wohl aus Taktgefühl oder aus bäurischer Gleichgültigkeit geschähe. Ihr Vater sprach zum erstenmal seitdem der Galahad vom Blechkasten erschienen war: „Wieviel, glaubst du, sollen wir dem Burschen geben?"

Mit müdem Kopf und nassen Fußgelenken erschauerte Claire. „Ach, du Lieber, ich glaube nicht, daß er von uns eine Bezahlung erwartet. Er macht den Eindruck eines furchtbar unabhängigen Menschen. 's könnte sein, daß wir ihn beleidigen, wenn wir ihm Geld anbieten . . ." „Die einzige vernünftige Ursache einer Beleidigung in diesem Jammertal ist, daß man einem kein Geld anbietet!" „Ebenfalls — ach, du Lieber, ich bin so müde. Aber die brave, kleine Claire wird hinauskriechen und diplomatisch sein."

Sie preßte die Finger an die Schläfen, als wollte sie verhindern, daß ihr der Kopf berste und wankte wieder hinaus auf einen neuen Schauplatz von Schlamm und Nässe. Doch trat sie mit dem denkbar sorglosesten, regenverwaschensten Lächeln vor den jungen Mann hin.

„Wollen Sie nicht zurückkommen, um meinen Vater zu begrüßen? Er ist Ihnen so schrecklich dankbar — ebenso wie ich. Und dürfen wir — Sie haben sich so geplagt und uns beinahe das Leben gerettet — dürfen wir Ihnen Ihre Mühe nicht lohnen? Wir sind Ihnen wirklich so sehr zu Dank verpflichtet."

„Ach, es war doch gar nichts. Fühl mich sehr geschmeichelt, wenn ich Ihnen behilflich sein konnte."

Er schüttelte ihrem Vater herzlich die Hand und leierte: „Sehr erfreut, Ihre Bekanntschaft zu machen, Herr — er —"

„Boltwood."

„Herr Boltwood. Mein Name ist Milt — Milton Daggett. Ich seh, Sie haben eine New-Yorker Nummer auf Ihrem Wagen. So etwas sehen wir nur verflucht selten. Freu mich, daß ich Ihnen behilflich sein konnte."

„Ach ja, Herr Daggett." Herr Boltwood klimperte teilnahmslos mit dem Geld in seiner Tasche. Hinter Milt Daggett schüttelte Claire stürmisch den Kopf und fuchtelte mit den Händen herum, als spielte sie mit Kastagnetten. Herr Boltwood zuckte die Achseln. Er verstand nicht. Seine Beziehungen zu jungen Männern in billigen Regenmänteln waren ausnahmslos pekuniärer Art. Sie leisteten einem Dienste und man bezahlte sie dafür — womöglich nicht zu hoch — und sie hörten auf zu existieren. Wohingegen Milt Daggett fortfuhr, respektvoll zwar, doch etwas tölpelhaft, weiter zu existieren, und Herrn Henry Boltwoods eigene Tochter verzögerte den natürlichen Verlauf der Dinge durch belanglose Fragen:

„Haben wir Sie nicht vorhin schon gesehen in — wie hieß das Dorf, durch das wir gekommen sind, etwa zwölf Meilen weit von hier?"

„Schoenstrom?" schlug Milt vor.

„Ja, das war's, glaub ich. Sind wir nicht an Ihnen vorbeigekommen oder sonst wie? Wir haben bei einer Garage angehalten, um einen Reifen zu wechseln."

„Ich glaube nicht. Allerdings war ich heute morgens in der Stadt. Sagen Sie — er — haben Sie und Ihr Vater was gefuttert . . ."

„Eh —"

„Ich meine, haben Sie dort Mittag gegessen?"

„Nein, ich wollt, wir hätten!"

„Na, hören Sie, ich auch nicht und — ich würde mich schrecklich freuen, wenn Sie beide jetzt etwas mit mir essen wollten."

Claire versuchte, ihm ein freundliches Lächeln zu schenken, aber es gelang ihr bestenfalls, ihm eines zu borgen. Sie konnte ein vernünftiges Essen nicht mit Milt und seinem [illegible], blechbedeckten, schwärzlichbraun angestrichenen Teal-Karren in Zusammenhang bringen. Er schien von ihrem zweifelnden Gesichtsausdruck befriedigt. Auf seinen Vorschlag hin fuhren sie ein Stückchen weiter bis zu einer Stelle, wo die Wagen auf festem Grasboden neben einigen Eichenbäumen halten konnten. Unterwegs erhob Herr Boltwood voll Bestürzung seine Stimme. Der nervöse Zusammenbruch hatte ihn weder wunderlich noch gewalttätig gemacht; er hatte sich einen rührenden Glauben an gutes Essen erhalten.

(Fortsetzung folgt)

Hitlers Privatarmee aufgelöst

Zur Sicherung der Staatsautorität.

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der SA. und SS. im gesamten Reichsgebiet trägt eine Ueberschrift, die in kürzester Fassung den Sinn der Auflösungsaktion und zugleich die Begründung dafür gibt. Diese Verordnung dient der „Sicherung der Staatsautorität“.

Die Reichsregierung ist der Bildung der Privatarmee des Herrn Hitler gegenüber außerordentlich lange mit Duldsamkeit verfahren, auch dann noch, als die Formationen dieser Armee sich polizeiliche und militärische Gewalt anmaßten und die Bevölkerung terrorisieren. Die schon traditionelle Langmut republikanischer Behörden gegenüber den braunen Gewalthaufen hat bei den Führern dieser Privatarmee das Gefühl erzeugt, daß sie der verfassungsmäßigen Staatsgewalt gegenübertreten könnten wie Macht zu Macht, politische Organisation gegen Staatsorganisation, Privatarmee gegen Staatsheer. Dieser Zustand bedeutete eine Gefährdung der Staatsautorität und des inneren Friedens. Er mußte auf die Dauer Zerrüitung der Rechtssicherheit und Anarchie im Gefolge haben.

Wäre dieser Zustand länger geduldet worden, so wären entsprechende Gegengründungen gegen die Privatarmee des Herrn Hitler kaum zu vermeiden gewesen! Die politischen Kräfte, gegen die die Privatarmee des Herrn Hitler sich in erster Linie feindselig wandte, haben bisher von solchen Gegengründungen abgesehen. Organisationen, wie beispielsweise das Reichsbanner, können in keiner Weise auf eine Stufe mit der Armee Hitlers gestellt werden. Sie haben weder ein Offizierkorps noch Kasernen, noch eine unbedingte Befehlsgebundenheit, keine Waffen und kein militärisches Gerät wie die militärischen Formationen des Herrn Hitler. Die SA. und SS. jedoch besitzen ein geschlossenes Offizierkorps, Kasernen und Feldzeugmeistereien, Waffen und Feldgerät. Das Reichsbanner hat keine Kompagnien, Bataillone, Regimenter, Divisionen und Armeekorps, wie die Braune Armee des Herrn Hitler. Es schießt nicht mit Maschinengewehren und blinkt nicht mit Feldgerät, es sucht keine Leute, die mit der Fliegerwaffe ausgebildet sind.

Die NSDAP. jedoch hat sich einen regelrechten Militärapparat und eine Armee neben der Partei geschaffen. Wäre dies geduldet worden, so wären andere große Parteien ähnlich verfahren. So hätten sich in kurzer Frist in Deutschland mehrere Privatarmeen gegenübergestanden. Ein Landsknechtsunwesen schlimmster Art hätte das Volk zerrissen und die staatliche Ordnung verwildert.

Die Auflösung der Privatarmee des Herrn Hitler war notwendig, um im Rahmen der Verfassung die Gleichberechtigung aller anderen Parteien gegenüber der NSDAP. sicherzustellen. Beim Verbot der SA. handelt es sich nicht um eine Einschränkung legaler Betätigung und Werbekraft der NSDAP. Große politische Parteien, wie diese Partei eine ist, möge sie auch noch so sehr auf geistiger Verwirrung und Verwilderung des politischen Denkens beruhen, müssen mit geistigen Gegenmitteln bekämpft werden, das ist der Sinn der Demokratie. Aber der Sinn der Demokratie ist es auch, daß die Gewaltmittel, die diese Partei sich zugelegt hat, zerschlagen werden, daß ihr die Möglichkeit genommen wird, mit Gewalt und mit Anmaßung militärischer und polizeilicher Gewalt die Bevölkerung und andere Parteien zu terrorisieren! Die Verordnung des Reichspräsidenten ist daher keine Unterdrückungsmaßnahme, sondern Schutz vor Unterdrückung der Bevölkerung durch eine Privatarmee. Sie ist eine Befreiung vom Terror der braunen Gewalthaufen.

Alle Versuche, diese Maßnahmen als ein wahlpolitisches Manöver hinzustellen, gehen deshalb fehl. Parteien der Rechten unternehmen den Versuch, die Verordnung des Reichspräsidenten in dieser Weise auszudeuten. Diese Ausdeutungsversuche sind nichts als ein übles Wahlmanöver. Bei politisch denkenden Menschen wird weder der Reichspräsident noch der Reichsinnenminister Groener in den Verdacht geraten, ein Wahlmanöver für die Preußenwahlen zugunsten der Sozialdemokratie unternommen zu haben! Bei der Ergreifung dieser Maßnahmen hat es sich nicht darum gehandelt, Erwägungen darüber anzustellen, welche propagandistische Wirkungen das Verbot der SA. für die NSDAP. haben würde, noch darüber, ob aus wahlpolitischen Gründen ein solches Verbot opportun sei. Es hat sich dabei nicht um eine Opportunitätsfrage, sondern um ein Prinzip gehandelt, um das Prinzip der Sicherung der Staatsautorität.

Für die republikanische Bevölkerung mancher Gebiete im Reich, so namentlich in Braunschweig, bedeutet die Verordnung eine Befreiung von unerträglich gewordenem Terror und die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände. In diesen Gegenden wird man aufatmen, aber das Reich wird auch darüber wachen müssen, daß dort die Verordnung durchgeführt wird.

Welche Wirkung das Verbot auf die NSDAP. selbst haben wird, ist eine innere Angelegenheit dieser Partei. Der Erlaß der Verordnung ist der NSDAP. wie der SA. seit Tagen bekannt. Man hört, daß in der Braunen Armee bereits heftige Verwünschungen gegen den Osaf Hitler ausgestoßen werden, daß man ihn des Verrats beschuldigt und ihm vorwirft, keinen Widerstand gegen das Verbot geleistet zu haben. Die Landsknechte rebellieren gegen den, der sie gerufen hat, der sie mit geschwollenen Erklärungen gefüttert hat, weil im Augenblick, wo der Staat seine Autorität sichert, die geschwollenen Phrasen zerplatzen. Diese Rebellion der Landsknechte ist für den Landsknechtführer verdientes Geschick.

Die Durchführung der Aktion

Ueberall alle SA.-Heime geschlossen.

In Berlin wurden sofort nach der Bekanntgabe der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität sämtliche 27 Heime der SA. polizeilich besetzt, durchsucht und dann geschlossen. Von der Polizeiaktion wurden zugleich etwa 200 Befehlsstellen der SA.- und SS.-Truppen erfaßt.

Bochum, 13. April. (Eig. Drahtb.)

Im Bereich des Polizeipräsidiums Bochum wurden sofort nach der Bekanntgabe des SA.- und SS.-Verbotes, wie in anderen Städten des Ruhrgebietes, in über 100 SA.- und SS.-Stellen Haussuchungen vorgenommen. Die Aktion blieb jedoch ohne das Ergebnis, da alles Material bis auf das letzte Stück Papier bereits vorher beseitigt worden war.

*

Die Beseitigung sämtlicher Akten aus den SA.- und SS.-Befehlsstellen zeigt, daß die NSDAP. von dem Verbot rechtzeitig unterrichtet worden ist. Tatsächlich soll die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität nach zuverlässigen Mitteilungen bereits am Dienstag abend im Braunen Haus in München im Wortlaut bekannt gewesen sein. Ein Beweis, daß selbst die höchsten Amtsstellen nicht frei von verräterischen Nazi-Subjekten sind. Von dem Geld der Republik werden diese Subjekte bezahlt. Ihre Dienste aber leisten sie in erster Linie den Scharlatanen und Demagogen um Hitler, weil sie glauben, eines Tages durch diese Gesellschaft besondere Karriere machen zu können.

Der Verrat der Notverordnung des Reichspräsidenten an das Braune Haus in München ist ein neuer, treffender Beweis dafür, daß es mit der Zurückhaltung der Reichsregierung gegenüber dem Nazi-Beamtentum nunmehr ebenfalls endlich ein Ende haben muß.

Haussuchung in Hitlers Hauptquartier in München

München, 13. April. (Eig. Drahtb.)

Auf Anordnung der bayrischen Regierung hat die bayrische Landespolizei am Mittwoch abend das Münchener Braune Haus besetzt. Die Straßen in der Umgebung der Hitler-Residenz wurden im großen Umfang abgesperrt. Die Polizei nahm eine Haussuchung vor, die in den späten Abendstunden des Mittwoch noch nicht abgeschlossen war.

Dresden, 13. April. (Eig. Drahtb.)

Die Dresdener Polizei schloß am Mittwoch abend um 18 Uhr die sogenannte Feldzeugmeisterei der Nationalsozialistischen Partei. Vorher hatten jedoch etwa 10 Autos der Nationalsozialisten das Material aus der Feldzeugmeisterei bereits abtransportiert. **Immerhin konnte die Polizei noch zwei Autos erwischen.**

Köln, 13. April. (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch abend, kurz nach 6 Uhr, fuhr die Kölner Politische Polizei mit Ueberfallkommandos vor den Stützpunkten der Kölner SA. vor und nahm Haussuchungen vor. **Die Nazilokale wurden geschlossen.**

Die Trabanten Hitlers

Von Paul Löbe.

Die letzte Sitzung des Reichstags im Februar ging zu Ende. Die Nationalsozialisten hatten längst wieder ihren Auszug vollzogen. Da tönte von der Rechten her der siegesbewußte Ruf: „Auf Wiedersehen im Dritten Reich.“ Etwas betroffen drehte sich der Fraktionsführer der Deutschnationalen, Herr Oberfohren, um. Siehe da, es war ein Mann seiner eigenen Gefolgschaft, der Abgeordnete Schmidt, Neukölln, der den geistigen Abmarsch ins Lager des Herrn Hitler dokumentierte. Dieser Abmarsch ist am letzten Sonntag von Hunderttausenden deutschnationalen Wählern vollzogen worden. Obwohl Herr Hugenberg die Parole ausgab: Hindenburgs Wahl ist sicher. Es hat keinen Zweck, noch einmal zu wählen, obwohl Oldenburg-Januschau etwas verspätet seine persönliche Verehrung für Herrn Hindenburg entdeckte — die Anhänger gingen hin und gaben ihre Stimme Herrn Hitler. Sie sind dem Führer aus der Hand geglitten, den der Nationalsozialistische Pressedienst noch kurz zuvor wie folgt glossierte:

„O Bruder aus Harzburgs sonnig-seligen Tagen! Alter Sonny boy aus Harzburg! So hat die Pleite der 2,5 Millionen dein Taubergirren in wütendes Katermauzen verwandelt? Denkst du daran, Genosse froher Stunden, als du uns schlicht und bieder besch . . . wolltest? Oder wolltest du etwa nicht?“

Der ruppigste Hohn gegen Hugenberg hielt seine Getreuen nicht zurück. Sie wählten Hitler aus Haß gegen das „System“ der Brüning und Hindenburg, dieser „Schildhalter des Marxismus“. Nieder mit Hindenburg und wenn wir uns mit Teufels Großmutter verbinden sollen, war ihr Feldgeschrei. Diese Wählerschaft hat sich Herrn Hitler mit Haut und Haaren verschrieben, das ist die erste politische Tatsache, die wir uns beim Kampf um die Landtage vor Augen halten müssen.

Wenn damals bei der Reichstagssitzung aus den hinteren Bänken der Kommunisten der gleiche Ruf „Auf Wiedersehen im Dritten Reich!“ erklungen wäre, hätten sich die Thälmänner im Vordergrund wohl nicht mit dem bloßen Schrecken begnügt, der Herrn Oberfohren in die Glieder fuhr, oder sie hätten den Ruf für einen schlechten Witz gehalten. Und doch — das Unglaubliche ist geschehen, Hunderttausende von kommunistischen Wählern haben am 10. April ihren Kampf gegen den Mordfaschismus betätigt, indem sie Herrn Hitler ihre Stimme gaben. Es hilft kein Zweifel, es hilft kein Bestreiten, die Tatsache, die uns nicht weniger bedrückt als die Kommunistische Partei selbst, sie besteht. Die Ziffern aus den einzelnen Bezirken, Städten, ja ganzen Wahlkreisen weisen es aus: Die Kommunisten sind in hellen Haufen ins nationalsozialistische Lager gelaufen, zu jenen SA.-Leuten, die am gleichen Tage wieder ein paar ihrer Arbeiter tot aufs Pflaster legten. Es war die gleiche Triebfeder wie im Lager Hugenbergs, der jahrelang gezüchtete Haß gegen das „System“, Diesmal gegen Braun und Brüning und Severing, diesmal gegen die Vernichter des Marxismus.

Auf den offenen Brief, den ich vor dem ersten Wahltage an die kommunistischen Wähler richtete, ging mir neben ein paar ernsthaften Antworten ein Bündel von Postkarten aus dem kommunistischen Lager zu, gewürzt mit allerhand negativen Komplimenten und alle gipfelten in dem freudigen Bekenntnis: ehe wir euch erbärmlicher Bonzenbrut Gefolgschaft leisten, geben wir Adolf Hitler unsere Stimme. „Wer Hindenburg schlagen will, muß Hitler wählen!“, so hatten diese klassenbewußten Heerscharen die Parole aufgefaßt, welche die kommunistische Parteileitung ausgab.

Die kommunistische Wählerschaft riß aus wie Schafleder, aber ihren eigenen Führern. Das ist die zweite Tatsache, die wir bei den bevorstehenden Landtagswahlen zu beachten haben — die Kommunisten sind die direkten Helfershelfer der Hitlergarde geworden schon in der Stimmenabgabe bei den Wahlen.

Gehalten hat nur die Eiserne Front der Republikaner. Sie hat sich die 2,5 Millionen Stimmen nicht nehmen lassen, die Herr Hitler als seinen Erfolg in Aussicht stellte. Sie hat dem Reichspräsidenten im Gegenteil eine absolute Mehrheit verschafft, die er vor sieben Jahren nicht besaß und noch zwei Millionen Stimmen mehr. Sie hat sich glänzend geschlagen und zieht mit ungebrochener Kraft in den neuen Kampf.

Genossen, Republikaner, nützt die Stunde! Dreimal Wahl innerhalb weniger Wochen — es stellt gewiß unerhörte Anforderungen an jeden einzelnen unserer Mitkämpfer. Aber es kommt in diesem Kampf doch darauf an, wer am zähesten, am unermüdlichsten, am energischsten seine Position verteidigt, wer die festesten Nerven behält. Dem Gegner darf hintenherum nicht gelingen, was er im Frontalangriff nicht erreichen konnte.

Wir haben die unerschütterlichste Organisation, die kräftig in der Ueberzeugung ihrer Anhänger wurzelt. Unsere Scharen sind kein vom Wind, vom Haß zusammengetriebener Haufen. Unsere Leute wissen, was sie wollen. Mit einer Disziplin, die der ganzen Welt Hochachtung abnötigte, haben sie in einer ungewohnten Kampfstellung den Feind geschlagen.

Noch zwei Wochen ununterbrochener Arbeit, die in keiner Stunde erlahmen darf und wir werden ihren Anschlag auf die Macht auch in Preußen, in Bayern, in Württemberg, in Hamburg, in Anhalt zurückweisen. Wir gehen voran, wir rufen euch auf, Genossen, vorwärts in die dritte Schlacht!

Die „Rote Fahne“ leugnet vergeblich

In fünf braunschweigischen Städten gingen zahlreiche Kommunisten zu den Nazis

Die Berliner „Rote Fahne“ besitzt die Stirn, das Ueberlaufen von braunschweigischen KPD.-Funktionären zu den Nazis zu „dementieren“.

Dazu bemerkt der sozialdemokratische Braunschweiger „Volksfreund“: „Das Zentralorgan der Thälmänner glaubte bisher den schlechten Eindruck der tatsächlich erfolgten Desertion aus den Reihen der KPD. verwischen zu können. Demgegenüber stellen wir fest:

In Schöningen sind 10 bisher aktive kommunistische Funktionäre zu den Nazis übergelaufen. Es handelt sich um aktive Kommunisten, die noch bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März gebrüllt haben: „Hitler verrecke!“ Heute sind sie bei der Schöninger SA., von der sie eingekleidet und mit ihren Familien verpflegt worden sind. In Blankenburg (Harz) haben sich, nach einer Meldung der dortigen Nazi-Parteileitung, 12 kommunistische Funktionäre und Mitglieder zur NSDAP. angemeldet. Ein Teil ist bereits in der letzten Mitgliederversammlung der Nazis präsentiert worden.

Unter denen, die sich zur Anmeldung bereitfanden, befindet sich auch ein prominenter, von der KPD. gemaßregelter Funktionär, der auf Geheiß der Nazis erst einmal ein Jahr Karenzzeit durchmachen soll. Aehnliche Zerfallserscheinungen der KPD. sind aus Langelsheim, aus Schöppenstedt und aus Wolfenbüttel gemeldet. Wir werden allen diesen Dingen genau nachgehen und den Beweis antreten, daß die KPD. von heute nur noch eine Vorfrucht des Faschismus ist.“

Blutiger Zusammenstoß in Nordböhmen

Prag, 13. April. (Eig. Drahtbericht.)

In Nordböhmen kam es am Mittwoch an mehreren Orten zu blutigen Zusammenstößen zwischen streikenden Bergarbeitern und Militär. Sechs Arbeiter wurden getötet.

Ueber das ganze Kohlengebiet war für Mittwoch der Generalstreik für alle Industriebetriebe angekündigt. Ueberall waren starke Gendarmerie- und Dragonerabteilungen stationiert. Vormittags kam es bereits zu Zusammenstößen in Oberleutensdorf, wo Dragoner gegen Streikende vorgingen. Die Streikenden hatten eine Barrikade errichtet, die von den Dragonern gestürmt wurde. Mehrere Streikende wurden verwundet. Die für Brüx und Komotau angesetzten Meetings wurden verboten. Um 5 Uhr nachmittags erschienen in Brüx etwa 2000 Arbeiter aus den Nachbarorten, die, wie der amtliche Bericht besagt, die Gendarmerie angriffen. Die Gendarmerie gab deshalb eine Gewehrsalve ab. Zwei Demonstranten wurden auf der Stelle getötet, fünf schwer verwundet. In Görkau kam es ebenfalls zu einem heftigen Zusammenstoß mit den Demonstranten, die von Seestadtl nach Komotau zogen. Auch hier wurde geschossen. Vier Demonstranten wurden getötet. Es sollen auch 45 Gendarmen und zwei Gemeindepolizisten verwundet sein. In ganz Nordböhmen herrscht große Aufregung.

Tardieu allein auf weiter Flur

Die Generalkommission der Abrüstungskonferenz schloß am Mittwoch nachmittag die Aussprache über die Prinzipien der Abrüstung vorläufig ab, um dem Büro der Konferenz Zeit für die Durcharbeitung der Anträge zur Einzelaussprache zu lassen. Da am Donnerstag der Rat und am Sonnabend die 19. Kommission der Völkerbundsvollversammlung für den chinesisch-japanischen Konflikt tagen werden, wird die Kommission erst am Montag nächster Woche ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Dann werden auch Tardieu, Sir John Simon und Grandi wieder zurück und Dr. Brüning ebenfalls in Genf sein.

Die letzten Redner ließen Tardieu ebenfalls mit seiner Ablehnung der qualitativen Abrüstung und des Verbots der Angriffswaffen allein. Madariaga-Spanien stellte den weitergehenden Antrag, eine internationale Einrichtung zu schaffen, die die Politik aller Staaten genau verfolge und aufmerksam mache, wenn gefährliche Situationen zu entstehen drohten. Gleichzeitig verlangte er nicht nur die Abschaffung aller Angriffswaffen, sondern auch Kontrolle und gemeinsame Verfügung über die nationalen Rüstungen, die den Ländern noch verblieben. Zaleski-Polen wollte nicht nur den Angriff ausschalten, sondern auch gemeinsam mit den Mächten gegen den Angreifer vorgehen. Außenminister Munck-Dänemark schlug die Einsetzung einer Reihe von Spezialkommissionen vor, darunter eine zur Ausarbeitung von Plänen für die Abschaffung der Waffen, die dem Angriff eine Ueberlegenheit über die Verteidigung geben. Dann eine, die in Zusammenarbeit mit den Fluggesellschaften und den Organisationen der Flugzeugführer die Frage der Internationalisierung und wirksamen Kontrolle der Zivilluftfahrt untersuchen und praktische Vorschläge machen soll. Das gleiche verlangte er für die private Waffen- und Munitionsherstellung.

Ein würdiger Nazimann!

Der Dresdener Stadtrat hat einstimmig beschlossen, gegen den nationalsozialistischen Bürgermeister Dr. Kühner das Disziplinarverfahren beim Ministerium des Innern zu beantragen. Kühner hat der Stadt Dresden Millionenverluste dadurch zugefügt, daß er ohne jede Ermächtigung mit städtischen Geldern Spekulationspapiere gekauft hat. Dadurch ist der Stadt ein Verlust von mindestens 7 bis 8 Millionen Mark entstanden.

Verhandlungen über den freiwilligen Rücktritt des nationalsozialistischen Bürgermeisters verliefen ergebnislos.

„Korruption"

Worüber man spricht und was man verschweigt

Von Eugen Prager.

Vom lieben Gott wird berichtet, daß er in 6 Tagen Himmel und Erde geschaffen habe. Im Kriminalgericht Moabit zu Berlin hat man es mit der Arbeit nicht so eilig. Der Winter ist gekommen und wieder vergangen, es wurde Frühling, wir werden die anderen Jahreszeiten bis anno 1933 erleben, aber der Sklarek-Prozeß überwindet Zeit und Raum. Unzählige Leitartikel und Plaudereien sind schon über diese Verhandlungen geschrieben worden; wichtiger als alles Weltgeschehen erscheint einem großen Teil der Presse des deutschen Bürgertums die Erörterung der Frage, was die Anzüge der Angeklagten und der Zeugen gekostet haben. Eines der bekanntesten bürgerlichen Blätter, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", hat am Tage der Goethefeier die Behauptung des Angeklagten Leo Sklarek wiedergegeben, es habe einmal „ein rheinischer Oberbürgermeister gleich vier Mädchen auf einmal auf seinem Schoß gehabt". Wie mag der Redakteur dieses Blattes geschmunzelt haben, als er seinen Lesern das erzählen durfte. Gleich vier auf einmal!

Was ein „nationaler" Mann braucht

Nicht in Leitartikeln, sondern in einer kleinen Notiz ist dagegen in der bürgerlichen Presse der Fall des Herrn Günther Schmidt-Lorenzen behandelt worden. Dieser Mann war Inhaber der großen Seidenfirma Gustav Cords in Berlin und Köln. Sein Unternehmen hat jahrelang mit Verlust gearbeitet, trotzdem entnahm Herr Schmidt für sich selbst im Jahre 1926 687 000 Mark, im Jahre 1927 256 000 Mark, im Jahre 1928 225 000 Mark und im Jahre 1930 179 000 Mark. Im ganzen hat Herr Schmidt in diesen vier Jahren für seinen persönlichen Aufwand 1 347 000 Mark verbraucht. Um einer Anklage zu entgehen, hat er 1929 300 000 Mark zurückgezahlt, aber das Schöffengericht Berlin-Mitte konnte doch nicht umhin, ihn wegen Konkursvergehens zu drei Monaten Gefängnis zu verurteilen. Warum hat man in der bürgerlichen Presse so wenig über diesen Fall gelesen, warum haben ihn die Rechtsblätter ganz unterschlagen? Herr Schmidt-Lorenzen war ein „nationaler" Mann, er unterhielt die besten Beziehungen zum Stahlhelm und zu den Nationalsozialisten. Die Hakenkreuzpresse erhielt von ihm fette Inseratenaufträge, er hatte stets eine offene Hand für die „nationale" Bewegung. Und nun stelle man sich vor, wieviel Monate die Rechtspresse von diesem Skandal gezehrt haben würde, wenn Herr Schmidt-Lorenzen irgendetwas mit der Arbeiterbewegung zu tun gehabt hätte!

Wovon wenig gesprochen wird

Nehmen wir einen anderen Fall. Der erste Präsident der Deutschen Republik, Ebert, bezog 1924 an Gehalt und Aufwandsgeldern zusammen 53 510 Mark. Nur einen kleinen Teil davon hat Ebert für seine persönlichen Zwecke verbraucht; er ist ohne Hinterlassung materieller Güter aus dem Leben geschieden. Nach der Wahl des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg zum Reichspräsidenten ist dessen Gehalt mit Einschluß der Aufwandsgelder auf 180 000 Mark festgesetzt worden. Kein Mensch wird etwas dagegen einzuwenden haben, daß das höchste Amt des Reiches mit einem angemessenen Einkommen ausgestattet ist. Wenn man sich daran erinnert, daß die ehemaligen deutschen Landesväter insgesamt etwa 25 Millionen Mark im Jahre dem deutschen Volke gekostet haben, so sind die Ausgaben für das Reichspräsidium auch jetzt noch außerordentlich gering. Wir erwähnen die Angelegenheit in diesem Zusammenhänge auch nur deshalb, weil es der Rechtspresse bei der Gehaltserhöhung nicht im entferntesten eingefallen ist, die persönliche Anspruchslosigkeit Eberts hervorzuheben.

Ein Doppelverdiener

Vor kurzem hat das Reich die deutschen Großschiffahrtsgesellschaften mit vielen Millionen sanieren müssen. Zu ihnen gehört auch die Hamburg-Amerika-Linie, an deren Spitze der frühere Reichskanzler Dr. Cuno steht. Als Generaldirektor bezieht er ein Gehalt von 150 000 Mark jährlich, daneben hat er aber noch eine Pension von rund 28 000 Mark. Hat man davon gehört, daß die bürgerliche Presse Herrn Dr. Cuno aufgefordert hätte, zum mindesten auf seine Pension zu verzichten? Hat man davon gehört, daß die Herren Generaldirektoren und Direktoren der Schiffahrtsgesellschaften mit ihren Gehaltsansprüchen wesentlich heruntergegangen sind oder daß die Reichsregierung, gestützt auf ihre eigene Notverordnung, das als Vorbedingung für die Geldhergabe gemacht hätte? Nichts davon; aber wir stellen auch hier die Frage, welches heuchlerische Geschrei entstanden wäre, wenn es sich hierbei um Sozialdemokraten gehandelt hätte.

Der Kronprinz

wählt national„sozialistisch", weil er so am besten den Interessen der Reaktion und des ruhmlosen Hohenzollernhauses dient.

Der Arbeiter

wählt sozialdemokratisch, weil die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.

Im Zeichen des Hakenkreuzes

Die dickste Moral solcher Art findet man, wie kann es anders sein, bei den Nationalsozialisten. Dabei hat es kaum je eine Bewegung gegeben, in der die Korruption, das Geldmachen und die Schiebung eine so große Rolle spielten, wie das im Zeichen des Hakenkreuzes geschieht.

An der Spitze der „Osaf" Adolf Hitler mit einem Rieseneinkommen unkontrollierbarer Herkunft. Daneben Tausende von Bonzen und Bönzchen mit Ministergehältern, fürstlichen Reisespesen, Luxusautomobilen und „braunen" Palästen. Eine Privatarmee von mehreren hunderttausend Mann, deren Bekleidung und Verpflegung Millionen und aber Millionen verschlingt. In dieser Zeit des Massenelends verbraucht der Parteiapparat der Nationalsozialisten ganz ungeheure Summen, und es gibt keinerlei Kontrolle über die Quellen, aus denen sie fließen, es dringt kein Licht in die Kanäle, durch die sie wieder abströmen. Jetzt erklärt es sich, warum Herr Ernst Röhm „Stabschef" des Herrn Hitler bleiben muß, trotz seiner Briefe aus Bolivien. Er gehört zu dem Kreise der Wissenden!

Die Riesengehälter der Sowjetbeamten

Aber auch die Kommunistische Partei hat jene Tugendbolde, die nicht oft genug über die hohen Gehälter zetern können. Freilich nur dann, wenn es sich um Sozialdemokraten handelt. In der kommunistischen Presse hat man aber noch nie etwas davon gelesen, daß der Frankfurter Stadtbaumeister May mit einem Jahresgehalt von 150 000 Mark, davon die Hälfte in guten Dollars zahlbar, nach Moskau engagiert worden ist. Man liest auch dort nicht von den Gehältern der Sowjetvertreter im Auslande, von den prunkvollen Festlichkeiten, die beispielsweise der russische Botschafter in Berlin veranstaltet. Die kommunistische Leserschaft darf zwar von Zeit zu Zeit eine Gegenüberstellung des Gehalts eines preußischen Ministers mit der Unterstützung eines Arbeitslosen sehen; aber die Redakteure der kommunistischen Presse hüten sich wohl, etwa einen Vergleich zwischen den außerordentlich hohen Gehältern der Leiter der russischen Auslandsgesellschaften und der arbeitenden Menschen in Sowjetrußland zu ziehen.

Wir könnten diese Beispiele seitenlang fortsetzen, wenn es einen nicht geradezu anekeln müßte, den Heuchlern der Rechts- und der kommunistischen Presse auf das Gebiet persönlicher Auseinandersetzungen zu folgen. Wir wissen, daß man den „Parteibuchbeamten" nennt, aber den Arbeiter meint. Hinter den Angriffen auf einzelne Männer steckt der Wunsch, die ganze Bewegung zu treffen. Und darum ist es notwendig, den „nationalen" und kommunistischen Sittenrichtern zu sagen, daß sie zunächst einmal den Dreck vor ihren eigenen Türen forträumen sollten.

Familien-Anzeigen

Deutscher Baugewerksbund.
Am 10. April verstarb unser langjähriges Mitglied, der Fliesenleger
Karl Mende
im Alter von 49 Jahren. 1165
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Baugewerkschaft Breslau.
Einäscherung: Freitag, den 15. April, 15 Uhr, im Krematorium Breslau-Gräbschen.

Gesamtverband der Arbeitnehmer
Sektion: Theater.
Am Dienstag, dem 12. April 1932, verstarb unser wertes Mitglied, die Kollegin
Hedwig Timm
im Alter von 54 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 15. April 1932, 1/4 3 Uhr, von der Halle des Salvator-Friedhofes, Lohestraße.

Zentralverband der Zimmerer.
Am 12. April verschied unser langjähriges Mitglied, der Zimmerpolier
Robert Stanelle
im Alter von 53 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm:
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 15. April, nachm. 4 1/4 Uhr von der Kapelle des Pohlanowitzer Friedhofes.

Zentralverband der Zimmerer.
Am 10. April verschied unser langjähriges Mitglied, der Zimmerer
Hermann Botta
im Alter von 57 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.
Einäscherung: Freitag, den 15. April, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.

Ich wohne jetzt wieder
Kaiser-Wilhelm-Straße 28/30
1. Etage.
San.-Rat Dr. Traugott
Nervenarzt. 9179

Wohlfahrtspraxis
üben ab 15. April 1932 aus
Dr. med. Pfeiffer, Hellerstr. 10
Dr. med. Sömer, Queisstr. 2

Bettfedern
kaufen Sie am besten ... preiswert in der Böhmischen Bettfedern-Niederlage
Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Et.
Kein Laden!

Inserate ... in unserer Zeitung ... den größten Erfolg!

AUSSTELLUNG
Heim und Mode
MESSEHOF 9.-24. APRIL
Geöffnet täglich 9–19 Uhr
Eintrittspreis 50 Pf., einschl. Ausstellungsplan
Heute 16 1/2 Uhr:
Modenschau und Kindertag
Beteiligt: Centawer / Klausner
Handpuppenspiele: E. Schosinsky
Kindertänze: Marion Taucher

STADTTHEATER
Donnerstag, 20 bis nach 22
Abonn.-Vorst. D 15
Die Welt auf dem Monde
Freitag, 20 bis 22.45
Tiefland
Sonnabend, 18 bis 22.45
Die Meistersinger von Nürnberg

LOBETHEATER
Donnerstag, Freitag 20.15 bis 22.50 und Sonntag 15.30
Vor Sonnenuntergang
Sonnabend, 20.15
Zum 1. Male!
Reifeprüfung
von Max Dreyer

THALIATHEATER
Donnerstag, Freitag 20.15 bis 22.10 und Sonntag 15.30
Die Mitternachts-Brücke
Sonnabend, 20.15
Neueinstudiert
Der fröhliche Weinberg
von Carl Zuckmayer

Zimmerer-Hosen
schwarz u. grau Manchester, mit und ohne Schnitt
11.90, 9.50, 8.60, 6.90

Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54
Heute Donnerstag: **Ball** • Herren u. Damen engagieren!

Bettfedern
jetzt bedeutend billiger!
Bettfedernhaus „Westend"
Friedrich-Wilhelm-Str. 67 : Tel. 256 36.
Erstkl. Bettfedern-Reinigung Pfund nur 30 ₰

erinnerung
... sonnabend, den 16. april, endet das billige angebot in herren-anzügen zu 24.50 ... 14.50

Kauft nur im **Fahrradhaus Sieg** 1168
Sieg ist billig!
Decken ab 1.35, Pedale ab 0.75, Kette ab 0.65, engl. Lenker ab 1.50, Rücktrittfreilauf kompl. ab 5.95, Tourenräder ab 1.95, Rahmen kompl. ab 13.95, ... Räder kompl. m. Freilauf ab 46.50
Genossen erhalten 5% Rabatt!

Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat
Breslau, Flurstraße 4/6

Gediegene und zweckmäßige Ausführung aller Drucksachen preiswert in kürzester Lieferzeit
Buchdruckerei
VOLKSWACHT
BRESLAU 2 — Flurstraße Nr. 4/6

Parteifreunde
... verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die **Volkswacht**

1000 Worte Hitler

wären bestimmt 1000 Worte Unsinn, vor denen man im Ernstfalle den unglücklichen Leser bewahren müßte. Hier handelt es sich jedoch um etwas anderes. In ausgezeichneter, eindringlicher Weise geht die kleine Propagandabroschüre **„1000 Worte Hitler"** der inneren Verlogenheit der nationalsozialistischen Schlagwortphraseologie zu Leibe. Jene 25 Programmpunkte Hitlers, die so etwas wie eine ideologische Plattform des Nationalsozialismus darstellen sollen, werden unbarmherzig unter die Lupe genommen und zerpflückt. **25 Programmpunkte** auf ihren sachlichen Inhalt durchröntgt, werden zu **25 Dummheiten,** zur kläglichsten Trödelware, voller Unlogik, voller Unzulänglichkeiten und voller Verschwommenheiten. **25 blecherne Phrasen,** bestimmt, in Versammlungssälen urteilslose Heilrufer mit dem Horizont politischer Säuglinge vollends zu verwirren. **„1000 Worte Hitler"** weist aber nicht nur die grenzenlose geistige Dürftigkeit des nationalsozialistischen Aktionsprogrammes nach, es zeigt auch, wie die **„geistigen" Einpeitscher des „dritten Reiches"** in den Bezirken der Demokratie räubern mußten, um überhaupt zu einem „Programm" zu kommen. **Bestellen Sie die aufschlußreiche Broschüre sofort!**

Besser kann Ihnen die erschreckende geistige Untertemperatur des Nationalsozialismus nicht dargestellt werden.

Also noch heute: **„1000 Worte Hitler."**

In der Buchhandlung wartet man auch auf Sie!

Pfänder-Versteigerung
Berliner Platz 2
am Donnerstag, den 21. April 1932 und Freitag, den 22. April 1932, vormittags 9 Uhr,
gelbe Scheine bis Nr. 30 000
Bietungskaution RM. 10.—
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H.
Schubert. 1169

Uhren u. Goldwaren
Spezialität: 1167
Fugenlose Trauringe
Paul Alter Kupferschmiedestraße 17 Neben Hutschkeleid.

Einfamilienhaus
12 Zimmer, bestehend aus Wohnküche, 3 1/2 Zimmer, Bad, Zentralheizung und 420 qm großem Garten, bald zu verkaufen. ...

Verkaufe
Nußbaum-Schrank
160 breit, billig zu verkaufen
Tischlerei Fürstenstr. 8.

Kleine Anzeigen
sind temporär gesetzte zweispaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 20 Pfennige fett 40 Pfennige

Gebrauchter eiserner Ofen zum Kochen, zu kaufen gesucht. Koch, Mehlgasse 7-9, III.

Gutes Herren-Fahrrad (Stemmotor) verkauft billig Neue Graupenstr. 14, II., links

Kleine Anzeigen sind in der **Volkswacht** billig u. erfolgreich

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Ludwig; für die Anzeigen: Max Sachs. — Redaktion: Ständeplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten

Jeder ist Wahlredner

Diskutiere im Betrieb, an der Stempelstelle, beim Einkauf, im Gespräch mit Bekannten und Fremden Hier das notwendige Material

Preußens Wohlfahrts-Etat und die verlogene Agitation der SAP.

Die Männer der Liste 18, die wir unter den vielen Splitter- und Ultrapartei en als Sozialistische Arbeiterpartei bezeichnet finden, beginnen ihren Wahlkampf natürlich in allererster Linie gegen die SPD. Das hörte man gestern in der Seydewitz-Versammlung, das kann man in jeder Nummer ihrer noch mühsam aufrechterhaltenen Zeitung lesen. Um den Leser zu überzeugen, daß er nur die Liste 18 zu wählen habe, bedient man sich einer Demagogie, die durchaus an die Verlogenheit der Nazipresse heranreicht. Den Ausgaben für die preußische Polizei und für die Justiz werden die weit geringeren Ausgaben für Wohlfahrtszwecke gegenübergestellt. Ueberschrift: „So haben Sozialdemokraten und Zentrum regiert."

Wie verhält es sich aber in Wirklichkeit mit dem Wohlfahrtsetat

Die Kleinheit des Volkswohlfahrtsetats in Preußen erklärt sich daraus, daß Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge Reichsaufgabe, Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen und Wohlfahrts-, Jugend- und Gesundheitspflege Kommunalsache sind. Da die Polizei im Gegensatz dazu Landessache ist, ist der Vergleich zwischen Polizeietat und Wohlfahrtsetat Preußens demagogisch. Würde man die Wohlfahrtsetats Preußens und seiner Gemeinden mit dem Polizeietat Preußens und seiner Gemeinden vergleichen, so würde man feststellen, daß die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke die Ausgaben für Polizeizwecke um das Vielfache übersteigen. Vergleich mit der Vorkriegszeit: Preußische Volkswohlfahrtsausgaben, soweit vergleichbar, waren 1913 19 Millionen Mark, 1932 78 Millionen Mark.

Eine genaue Gegenüberstellung der Haushaltsansätze von 1913 mit denen von 1931 zeigt, daß die Aufwendungen des Staates für die öffentliche Wohlfahrt von 19 Millionen im Jahre 1913 auf 231 Millionen des Jahres 1931 gestiegen sind. Allein für „Volksgesundheit", einen besonderen Abschnitt des Etats des preußischen Wohlfahrtsministeriums ergibt sich eine Steigerung von 5,9 Millionen auf 12,1 Millionen Mark.

Oder stellen wir ein paar Zahlen gegenüber aus anderen sozialen Aufgabengebieten (nicht nur preußischen):

1913 wurden für die Krankenversicherung 582 Millionen Mark
1929 2150 Millionen Mark ausgegeben,
1913 wurden für die Invalidenversicherung 290 Millionen Mark,
1929 1092 Millionen Mark ausgegeben,
1913 betrug der Sozialaufwand des Kaiserreichs 1371,2 Millionen,
1929 betrug der Sozialaufwand der Republik 7368,5 Millionen Mark.

Wer im königlichen Preußen durch die bitterste Not gezwungen war, bei irgendeiner Stelle um öffentliche Unterstützung zu bitten, den strich die herrschende Gesellschaftsklasse aus den Reihen der vollwertigen Bürger. Nach einem Gesetz vom 15. März 1909 hatte der „Empfänger von Armenunterstützung" seine politischen Rechte verwirkt: er war recht- und ehrlos geworden; er verlor sein Wahlrecht! Wer keine Arbeit finden konnte, mochte hungern oder sich selbst unter die Parias der Gesellschaft einreihen!

Im neuen Deutschland ist die soziale Fürsorge eine Selbstverständlichkeit. Kein Mensch, der sich in Not befindet und Wohlfahrtsunterstützung erhält, ist in seinen politischen Rechten beschränkt.

Das wollen die Reaktionäre beseitigt wissen. Kommunisten und Sayler leisten ihnen willkommene Hilfsarbeit. Darum kann jeder klassenbewußte Arbeiter

nur die Sozialdemokratie
nur Liste 1 wählen!

Faschismus „nur eine Kulisse" der SPD.

Die Spalter eröffnen ihren Wahlkampf mit einer unerhörten Verleumdung der Sozialdemokratie und ihrer Spitzenkandidaten

Seydewitz und Eckstein, die Prominenten der SAP., die sich vorkommen, wie kleine Dantons, eröffneten gestern ihren Wahlkampf in einer Versammlung im Schießwerder, bei der Seydewitz schon die Allüren der Hitler und Goebbels nachahmte, indem er erst gegen 22 Uhr anrückte.

Der Mann, dessen Reichstagswahlkreis zu einer Hochburg der Faschisten geworden ist, schämte sich nicht, die Behauptung aufzustellen, daß der Faschismus lediglich eine Kulisse der sozialdemokratischen Führerschaft sei, hinter der sie vor den arbeitenden Massen ihre eigene Untätigkeit verbergen könne, weil sie den „proletarischen" Ausweg aus der Krise nicht gehen wolle. Wer sich als ehemaliger sozialdemokratischer Bezirksvorsitzender zu solchen Gemeinheiten versteigt, für den sind natürlich auch die heutigen Verhältnisse ein „demokratisierter Faschismus" oder eine „faschisierte Demokratie" und für den ist es zum Beweise der Existenzberechtigung seiner Partei auch zwingend, die Eiserne Front als ein Gebilde ohne Ziel hinzustellen. Und so ein „Volkstribun" muß schließlich auch, während sich draußen die Polizei mit den Faschistenhorden herumschlägt, ein paar billige Witze machen, ob es richtig ist, wenn die Sozialdemokratie fordert „Staat greif zu!", oder ob es nicht zweckmäßiger sei, die Forderung aufzustellen: „Proletariat greif zu!"

Ehe man Seydewitz zu hören bekam, mußte man fast zwei Stunden den Breslauer „Spitzenkandidaten" über sich ergehen lassen, der sich in einer nicht mehr zu übersteigernden Hetze gegen Otto Braun und Karl Severing heiser schrie. Alle nur erdenklichen Gemeinheiten wurden aufgetischt.

Einmal sind die sozialdemokratischen Minister die Vollzugsorgane des Kapitalismus und können als die „Gefangenen ihrer Politik" nicht die Interessen der Arbeiter vertreten und im nächsten Satz schreit der „Spitzenkandidat" über die unerhörten Zeitungsverbote und die Knebelung der Versammlungsfreiheit und entfaltet sich damit als Steigbügelhalter der von solchen Maßnahmen betroffenen Faschisten. Diese Gemeinheiten gegen Braun und Severing genügten nicht und so fühlte sich Eckstein auch noch bewogen, die Behauptung aufzustellen, die Breslauer SPD. im Stadtparlament habe der Danatbank 5 Millionen Mark aus den Mitteln der Bürgersteuer in den Rachen werfen helfen, weil sie für die Freigabe einer Sicherheit des Linke-Hofmann-Kredits eingetreten sei. Bürgermeister Mache wurde gelästert und alles in allem war die wüste Rede Ecksteins eine einzige Handlangerarbeit für die Faschisten.

Mit großem Getöse schrie man dann einen Kommunisten nieder, der die Behauptung aufstellte, die SAP.-Führer seien in ihren Reden kommunistisch und in ihrem Handeln sozialdemokratisch.

Und als die Anhänger, denen man eben vorgeschwärmt hatte: Proletariat greif zu! durch die Faschistenhaufen in der Ohlauer Straße hindurch nach Hause gingen, da griffen sie nicht etwa zu, sondern waren recht froh darüber, daß inzwischen Severings Polizei wieder einmal zugegriffen hatte.

Diese „Führer", die jetzt in Preußen 174 Kandidaten aufgestellt haben, sind politische Charlatane schlimmster Art, wenn sie nur einen Teil von dem glauben, was sie sagen, und trotzdem vor Jahresfrist noch sozialdemokratische Führer waren und sich wild aufspielten, als sie ausgeschlossen wurden.

So etwas schreit nach Einheitsfront und mißt sich in aller nur erdenkbarer Ueberheblichkeit die geschichtliche Aufgabe zu, Führer der Klassenfront zu sein. Pfui Teufel!

Kriegerfest in Bischdorf und seine Folgen

Vor Gericht traf man sich sehr ernüchtert wieder — Die Radfahrer sollen wieder einmal Schuld gewesen sein — Landjäger hatte Angst, in den Wurstkessel zu fallen 32 Zeugen widersprechen sich

Am 5. Juli vorigen Jahres hatten sich alle Krieger aus Bischdorf zu einer Fahnenweihe zusammengefunden, zu der auch sämtliche Landjäger der Umgegend wie auch der Radfahrerverein von Bischdorf eingeladen waren. Da es ein recht heißer Tag war, mußte tüchtig gekühlt werden. Das glaubte man am besten durch reichlichsten Alkoholgenuß tun zu können. Die Stimmung wurde immer gehobener, und abends nach 10 Uhr kam es zur Explosion. Aus irgendeinem geringfügigen Anlaß waren zwei Krieger aneinandergeraten, und als der Oberlandjäger Alfred Alder den Streit schlichten wollte, hatte er plötzlich eine Menschenmenge von etwa 40 Personen gegen sich. Hieraus entspann sich eine Schlägerei, und die Folge war, daß sich das Erweiterte Schöffengericht in Breslau mit dem gemütlichen Kriegerfest in Bischdorf in vielen Stunden zu beschäftigen hatte.

Angeklagt war der Verwalter der Bierniederlage in Neumarkt, Paul Otto, und sein Sohn, denen die Anklage gemeinschaftliche schwere Körperverletzung und öffentliche Beleidigung zur Last legte. Angeklagt war auch der Oberlandjäger Alfred Alder aus Stephansdorf, der sein Amt als Beamter mißbraucht haben sollte, indem er Otto senior und dessen Frau körperlich mißhandelte. Otto bestritt, sich strafbar gemacht zu haben, Alder habe ihm vielmehr ohne Grund mehrere Schläge mit dem Gummiknüppel über den Kopf versetzt, so daß ihm ganz schwindlig geworden sei. Ob er geschimpft oder gar eine Selterflasche in der Hand hatte, weiß er nicht mehr. Der Sohn erzählte, daß er seinem Vater habe zu Hilfe kommen wollen, als er von Alder geschlagen wurde. Alder sei schwer betrunken gewesen, und als die Mutter dann dazukam und den Vater aus der Menge herausziehen wollte, wurde auch sie mit dem Gummiknüppel erheblich verletzt, so daß sich sowohl der Vater als auch die Mutter in ärztliche Behandlung begeben mußten. Sehr anschaulich erzählt Alder die Vorgänge am Kriegervereinsfest. Er führt den Krawall darauf zurück, daß der Radfahrerverein eingeladen worden war. Die Radfahrer hätten den Krawall angezettelt. Sie hätten sofort Partei gegen den Beamten genommen, da sie verschiedentlich von ihnen aufgeschrieben wurden, weil sie ohne Licht fuhren oder sich anderer Verkehrsverstöße schuldig machten. Diese Radfahrer seien dann auch die treibende Kraft gewesen, ihn in die Enge zu treiben. So seien schließlich gegen 40 Leute gegen ihn vorgegangen. Sie drängten ihn zwischen zwei Zelte, so daß er vor sich die Menge und hinter sich einen kochenden Wurstkessel gehabt hätten. Nun wurden Flaschen und anderes nach ihm geschleudert, so daß er sich in höchster Not befand, er könne in den heißen Wurstkessel fallen. Schon einmal habe er sich in einer ähnlichen bedrängten Situation befunden und aus dieser gefährlichen Lage hätte er sich nur dadurch retten können, daß er mit dem Gummiknüppel rücksichtslos um sich schlug, wodurch natürlich die am nächststehenden, auch Otto und seine Frau, getroffen worden seien. Als er sich dann herausgeschlagen hatte, kamen ihm seine Kollegen zu Hilfe. Aus der Menge wurden die Beamten dadurch beschimpft, daß man ihnen „Besoffene Schweine" zurief und „Lumpen". — An dieser Beleidigung hatten sich auch Otto und Sohn beteiligt. Die ganze Situation war recht verworren, denn was die Angeklagten selbst zugaben, waren ja eigentlich keine strafbaren Handlungen. Jeder hatte sich nur eben gewehrt und mit der Beschimpfung wegen der „besoffenen Schweine" hatte offenbar jeder von sich auf andere geschlossen, denn sämtliche 32 Zeugen bekundeten, daß sehr viel getrunken worden sei. Wie immer bei solchen Schlägereien gingen die Zeugenaussagen weit auseinander. Ein Zeuge sagte aus, daß Frau Otto selbst gesagt habe: „Sie sehen ja, er ist nicht allein!", womit sie meinte, daß ihr Mann betrunken sei, während sie dies jetzt bestritt. Frau Otto ist übrigens mit am schwersten verletzt worden. Sie lag lange Zeit bewußtlos und war wochenlang in ärztlicher Behandlung. Der Staatsanwalt ließ die Anklage bei Alder fallen, in dem er ihm Notwehr zubilligte. Alle Festteilnehmer waren stark angeheitert und aus dieser Stimmung heraus war eine recht bedrohliche Situation auf der Festwiese entstanden. Da auch durch die Beweisaufnahme die Angaben des Alder nicht widerlegt wurden, daß er schwer bedrängt wurde, müsse er seine Freisprechung beantragen. Das Gericht erkannte auch dementsprechend. Auch bei den beiden Angeklagten Otto wurde die Anklage auf Körperverletzung fallen gelassen und insofern Freisprechung beantragt. Doch wegen der „besoffenen Schweine" muß Otto jen. 20 Mark, Otto jun. 10 Mark Geldstrafe bezahlen. Das Urteil soll auch am Schwarzen Brett im Landratsamt in Neumarkt ausgehängt werden.

Wohlfahrtspflege und Hausverwalter

Wir berichteten bereits einmal von jenem Wohlfahrtspfleger und Hausverwalter Müller von der Salzstraße 23, der beide Aemter in nicht gut zu heißender Weise miteinander verquickt. In seinem Hause wohnt ein Metallarbeiter, der für drei Kinder Unterstützung bezieht. Nicht genug, daß Müller sein Amt als Wohlfahrtspfleger dazu benützt, die Eltern in jeder Weise zu schikanieren, steht er auch auf dem Standpunkt, daß er berechtigt ist, sich von der auszuzahlenden Unterstützung zunächst einmal die Miete abzuziehen. Das Gericht wies ihn mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß doch die Unterstützung den Kindern gehöre und ihm kein Recht zustehe, ihnen die Unterstützung vorzuenthalten, zumal der Metallarbeiter keine Mietrückstände hat, sondern er seine Miete jeden Monat richtig bezahlt. Davon, daß auch gutgestellte Beamte heute ihre Miete nicht pünktlich am ersten bezahlen können, hat der Hausverwalter und Wohlfahrtspfleger Müller offenbar noch nichts gehört. Daß der Metallarbeiter mit diesem Hausverwalter schließlich aneinandergeriet, ist durchaus nicht verwunderlich. Doch nun fühlte sich Herr Müller sofort beleidigt und stellte Strafantrag. Der Einzelrichter hatte den Metallarbeiter auch zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, trotzdem er ja in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hatte. Auf seine eingelegte Berufung berücksichtigte die Strafkammer die ganzen Verhältnisse, die zu diesem Zusammenstoß führten, hob das Urteil der ersten Instanz auf und setzte die Strafe auf 10 Mark herab. Die beiden Parteien waren ein typisches Zeichen unserer Zeit. Der Hausverwalter, ein korpulenter, von Gesundheit strotzender Mann, das Metallarbeiterehepaar blaß und unterernährt, bescheiden und zurückhaltend.

Ein Spionageprozeß

Unter der Anklage, in Militsch, Krotoschin und Ostrowo Spionage zugunsten Polens getrieben zu haben, hatte sich vor dem 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Breslau der 26 Jahre alte Kunstmaler N. zu verantworten. N. ist in Rawitsch geboren und jetzt polnischer Staatsangehöriger. Er wurde mit vier Jahren Vollwaise und dann von einem Professor erzogen, der ihn das Gymnasium und auch das Lehrerseminar besuchen ließ. 1927 bis 1929 war er an der Kunstschule in Paris tätig. Nach seiner Rückkehr nach Rawitsch betätigte er sich als Theaterdekorateur und als Gemäldemaler. Der Angeklagte, der sich seit dem 19. Mai v. J. in Haft befindet, bestritt, sich im Sinne der Anklage, die ihm auch Betrug am preußischen Fiskus vorwarf, schuldig gemacht zu haben. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung wegen versuchten Verbrechens aus § 3 des Spionagegesetzes in Tateinheit mit Betrug, zu zwei Jahren Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde voll angerechnet.

Der letzte Appell!

Lärm und Rüpeleien der Nazis

Was ist denn los? Hat jemand schon ein aufgestöbertes Wespennest gesehen? Das summt und saust wütend, droht zu stechen, und nicht umsonst sagt ein Sprichwort:

Greife in kein Wespennest,
Doch wenn du greifst, dann greife fest!

Und gestern griff die Polizei in das Nest auf der Bischofstraße. Darum schwärmte es und sauste es nur so von gelben Hosen in der ganzen Umgebung. Polizei riegelte die Straße an beiden Seiten ab und drängte die aufgeregten Nazisten in der Ohlauer Straße und der Albrechtstraße auseinander. Die Bischofstraße selbst wurde ziemlich vollkommen von allem Publikum freigemacht. Aus den Fenstern des Braunen Hauses sang Hitlers Garde das Lied vom letzten Appell. Man brachte auch Heilrufe auf Hitler aus, der hoffentlich nicht etwa in diesen Tagen vor dem Staatsanwalt heil über die Grenze ausrücken wird. Denn er hat doch seine Legalität beschworen und andere für sich morden und Putschvorbereitungen treffen lassen. Der Ruf: „Deutschland erwache!" ist endlich erhört worden. Er war gestern ganz überflüssig, denn die deutsche Republik ist erwacht. Was die Eiserne Front als Bedingung für ihre Hilfe forderte, die sie dem Staate geliehen hat, wird erfüllt. Nach dem Siege setzt sie Gerechtigkeit ein gegenüber einem Strolchtum, das die gesamte Bevölkerung unter seinen Terror zu zwingen suchte. Mit einem Lied auf den Lippen ist Hitlers braune Garde gestern nicht in den Tod gegangen, sondern sie hat kapituliert. Das „Hoheitszeichen" des Dritten Reiches hat zum letzten Male die rauhen Kämpfer zum Appell vereint. Was mit polizeilichen Mitteln gegen die Bürgerkriegshorden geschehen konnte, ist geschehen. Alles weitere ist Sache der Gerichte, vor allem aber Sache der Eisernen Front und aller rechtschaffenen Bürger der Republik. Sorgen wir alle dafür, daß am 24. April mit der braunen Pest für immer aufgeräumt wird!

Es kam doch teilweise überraschend für die Breslauer Nazis, als gestern gegen 17½ Uhr zu gleicher Zeit vor allen Naziquartieren größere Polizeiaufgebote vorfuhren, um die Durchsuchungen und Schließungen der Räume der verschiedenen verbotenen Formationen durchzuführen. Im Braunen Hause in der Neudorfstraße sammelten sich die schnell zusammengetrommelten Nazis in größeren Haufen an und vertrieben sich die Zeit mit dem Gesang eines besonders blutrünstigen Liedes mit dem Refrain:

Köpfe rollen, Juden heulen,
die SA. marschiert, Marxisten, hütet euch!
Nationale Sozialisten kämpfen für das Dritte Reich!

Die Polizei sperrte die Straße in größerem Umkreise ab. Der SA.-Häuptling Heines versuchte, der Polizei weismachen zu wollen, daß das Braune Haus plötzlich zu Bürozwecken verwendet würde. Unter anderem hätte auch Rechtsanwalt Rebitzki plötzlich sein juristisches Domizil im Braunen Haus aufgeschlagen. Die Polizei hat sich von diesen Erklärungen allerdings nicht überzeugen lassen. In gleicher Weise wurde auch die Geschäftsstelle des Gauverlages am Hauptbahnhof und die Zeugmeisterei in der Taschenstraße und das Gauhaus in der Bischofstraße durchsucht. Die Durchsuchungen erstreckten sich auf die Büros der Standarten, der Sturmbanns und der Bereiche. In der Zeugmeisterei wurden, wie aus einem amtlichen Polizeibericht hervorgeht hervorgeht, größere Mengen Uniform- und Ausrüstungsstücke sichergestellt.

Während der Polizeiaktionen trommelten die Nazis ihren Anhang zusammen und randalierten bis in die späten Nachtstunden in der Ohlauer und ihren Nebenstraßen, sowie in der Neudorf- und Sadowastraße herum. Mehrfach mußte die Polizei einschreiten und die tobenden Haufen zerstreuen, wobei auch die Gummiknüppel in Bewegung gesetzt werden mußten. Bei den polizeilichen Säuberungsaktionen wurden 9 Personen wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen festgenommen. Im Reichsbannerbüro wurden gegen 1 Uhr nachts mit Steinen einige Fenster eingeworfen.

Brennendes Schlafzimmer

Kurz nach 20 Uhr erfolgte ein Alarm nach Grünstr. 14. Dort war in einer im Hochparterre gelegenen Wohnung die gesamte Schlafzimmereinrichtung, 2 Betten, Kleiderschrank, Liegesofa, Tisch und Stühle vermutlich durch zu langes Stehenlassen eines eingeschalteten elektrischen Bügeleisens in Brand geraten, auch war die Decke der darunterliegenden Wohnung bereits zum Teil durchgebrannt. Das Feuer wurde mit zwei Schlauchleitungen, von denen die eine über eine Leiter durch das Fenster, die andere durch den Flur legen mußte, angegriffen, und auf seinen Herd beschränkt. Die Löscharbeiten dauerten bis gegen 21,30 Uhr an.

Freitod

In seiner Wohnung in der Weißgerbergasse 18 wurde am Mittwoch der Bäcker R. erhängt aufgefunden. Ein scheußliches Nerven- und Magenleiden dürfte den Achtundzwanzigjährigen zu dem Entschluß gebracht haben, freiwillig sein Leben aufzugeben.

Haus der bestgepflegten Biere
Edelbräu Das Markenbier von Engelhardt Schoppen 5/20 15, Maß 10/20 30
Export Münchner Brauart Schoppen 5/20 18, Maß 10/20 36

Wir brauchen Sozialdemokraten!

Von Max Seidel

Wähler zu gewinnen ist nützlich und notwendig. Sozialdemokraten zu erziehen ist nützlicher und notwendiger. Viktor Adler.

Die Wählermasse Deutschlands hat seit 1919 ihr Gesicht wesentlich geändert, was im wesentlichen durch die Jungwähler geschehen ist. Ein Drittel von 44 Millionen Wählern stellen die Jahrgänge 1900—1912, deren Lebensanschauung und Haltung sich wesentlich von den älteren unterscheidet.

Krieg: Von dem einen erlebt, dem anderen nur Bericht.

Reparationen: Von einem als Folge der Machtverschiebung, vom andern als Schwäche der Nation gesehen.

Arbeitslosigkeit: Ein Ereignis, das dem einen einen schlechten Lebensabend gibt, den andern aber ein Dauerzustand schon zum Lebensanfang wird.

Um diese Grundfragen der Nachkriegszeit drehen sich dann alle Fragen des täglichen Lebens wie Demokratie, Diktatur, Faschismus und Sozialismus. Diese fast unüberbrückbare Lebenserfahrung trägt den Explosivstoff der Zeit. Noch hat sich das veränderte Gesicht der Wählermassen auf den Inhalt des Staates nicht ausgewirkt. Doch wehe, wenn die Kräfte nicht rechtzeitig eingeschaltet werden. Dann folgen Erschütterungen für Staat und Gesellschaft, die stärker sein werden als die schon geringen Anfänge unserer Tage. Wenn mit den Auswirkungen für die Zukunft gerechnet werden muß, dann heißt es handeln, nicht bloß für den Augenblick, sondern auf weite Sicht. Ein Wahlerfolg des Tages mag gut und notwendig sein, der Erfolg einer Lösung gesellschaftlicher Umwälzungen hängt davon aber nicht ab. Dazu gehört mehr. Die intensive, menschenumformende Tätigkeit unserer Erziehungsarbeit. Leider kann hier mit sichtbaren Erfolgen und großen Zahlen nicht aufgewartet werden. Das ist aber auch nicht möglich, weil ein Erziehungserfolg mit Ziffern nicht zu fassen ist. Die Auswirkung zeigt sich allein in der ideologischen Werbekraft, den der neue Menschentyp hat. Hier liegt das große Arbeitsfeld unserer sozialistischen Bewegung. Die Partei und Gewerkschaft kann nicht einen Augenblick zögern, sich dieser Sache anzunehmen. Nur die Bewegung wird sich von heute in die Zukunft retten, die ihre Lebensberechtigung aus ihren inneren Kräften beweist.

In unserem Parteibezirk steht die SAJ. seit 1927 in ihrem Mitgliederbestand auf einer fast gleichen Höhe. Vom Anfang 1927 bis Ende 1928 war eine aufsteigende Mitgliederbewegung vorhanden. Dann trat die Wirtschaftskrise ein. Im Jahresbericht 1929 erscheint zum erstenmal seit Jahren das Wort Arbeitslosigkeit. Die Mitgliederbewegung ging zurück. Das heißt nun nicht, daß mit der anhaltenden Arbeitslosigkeit die Mitgliederzahl dauernd fallen mußte. Nachdem die Umstellung auf die neue Situation durch die Organisation vorgenommen war und eine tatsächliche Unterstützung der Partei ganz allgemein erfolgte, ging es sogar wieder aufwärts. Kein Zweifel, wäre die Spaltung im September vorigen Jahres nicht gekommen, dann hätte die Bewegung weit über den Höchststand von 1928 in diesem Berichtsjahr hinausgeragt. Das beweisen die Ortsgruppenzahlen. Im Berichtsjahr sind die Ortsgruppen von 29 auf 50 gewachsen. Die Spaltung hat uns wohl Mitglieder gekostet (Breslau), aber keine Ortsgruppen. Ist die Gesamtzahl im Verhältnis zur Partei keineswegs befriedigend, so muß man wissen, daß die Jugendorganisation eine Durchgangsorganisation darstellt. Jedes Jahr wird die Mitgliedschaft um 30 bis 40 Prozent erneuert. Wir umfassen sechs Jahrgänge. Oft geht aber schon der Achtzehnjährige in eine andere Organisation. Wer sich die Helfer der Arbeiter-Kinderfreunde ansieht, weiß, daß die aus der SAJ. sind. Aehnlich ist es bei den „Jungen Sozialdemokraten". Dazu kommt noch, daß viele frühere S. J.-Mitglieder heute verantwortliche Funktionen in anderen Jugendgruppen ausfüllen. Wer das sieht und sehen will, wird die Arbeit der SAJ. tatkräftig unterstützen.

Unser organisatorisches Ziel lautet:

1. **In jeder Parteiortsgruppe von 100 Mitgliedern muß eine Ortsgruppe der Jugend gegründet werden.**
2. **In jeder Ortsgruppe gehört ein Jugendhelfer, zu dem Partei und Jugend das gleiche Vertrauen haben.**

An dieser Aufgabe muß Partei und Jugend gemeinsam mitwirken, denn Voraussetzung sozialistischer Erziehungsarbeit ist die weitverbreitete Organisation der sozialistischen Jugend.

Achtung! Hammerschaft der Fabrikarbeiter!

Zur Kundgebung mit Otto Braun am Donnerstag, den 14. April, 20 Uhr, in der Jahrhunderthalle, treten die Hammerschaften des Fabrikarbeiter-Verbandes um 19,30 Uhr am Nordportal der Jahrhundertalle vollzählig an.

In der Braun-Versammlung

spielt Oberorganist Burkert an der Riesenorgel

Silberhochzeit

feiert heute der Arbeiter Paul Pullner, Klein-Mochbern, mit seiner Ehefrau Anna, geb. Benckner. Paul Pullner ist langjähriger Leser der „Volkswacht" und ebenslange gewerkschaftlich organisiert. — Das gleiche Fest feiert Gustav Hundt, Menzelstraße 67, und Frau Wilhelmine, geb. Pastowsky am 25. April. Sie sind „Volkswacht"-Leser seit 1907. Wir gratulieren.

Parteigenossen! Reichsbannerkameraden!
Gewerkschaftler! Arbeitersportler!

Morgen, Freitag, von den angegebenen Lokalen aus:
Flugblattverbreitung!
Alles muß sich daran beteiligen!

Wo finden Wahlkundgebungen für Braun und Severing statt?

In Hundsfeld

Sonnabend, den 16. April, 19 Uhr, im Lokal „Blauer Hirsch", Breslau-Hundsfeld, Max Kukielczynski, Sekretär der Breslauer SPD.

In Stabelwitz

Braun und Severing oder Hitler?
Darüber spricht Freitag, den 15. April 1932, 20 Uhr, im Volksgarten, Breslau-Stabelwitz Karl Pietsch, Vorsitzender der Breslauer SPD.-Stadtverordnetenfraktion.
Kampfleitung der Eisernen Front für Groß-Breslau.

In Schmiedefeld

Sonnabend, 19,30 Uhr, bei Engwicht, Schmiedefeld, Genosse Ernst Zimmer, Vorsitzender der SPD. Groß-Breslau.

Fahnen zur Kundgebung

Alle Distrikts-, Sturm- und Gewerkschaftsfahnen sind heute 19,30 Uhr im Vorraum der Jahrhunderthalle.

Eisenbahner-Versammlung

Für die Bediensteten des Bahnbetriebswerkes und des Betriebswagenwerkes Breslau, Hauptbahnhof, des Betriebsstoff-Hauptlagers und des Oberbaustofflagers Breslau-Ost findet Freitag 18 Uhr, eine wichtige Versammlung im Lokal von Görlich, Löschstraße, statt. Redner Kukielczynski. Eine weitere Versammlung für die Bediensteten der Bahnmeistereien der Stationen und Rangierbahnhöfe findet ebenfalls Freitag, 20 Uhr, im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses, statt. Redner Kukielczynski.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167—170
Telefon-Nummern 59060—59061
Geöffnet außer Sonnabend von 8—1 und 6—7 Uhr

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Achtung! Heute ist alles in der Jahrhunderthalle zur Kundgebung um 20 Uhr. Genosse Braun spricht.

Freitag, den 15. April finden um 20 Uhr folgende Heimabende statt:
Heim 1 (Jugendheim Gewerkschaftshaus) Leseabend.
Heim 4 (Jägerhof, Gräbschener Straße). Wir gehen ins Theater.
Heim 5 (Friedrich-Wilhelm-Straße 45). Tagespolitische Rundschau.
Heim 6 (Klodnitzschule). Wir gehen ins Theater.
Heim 7 (Redaktion Fränkelplatz 3). Liederabend.
Heim 8 (Erholungsstätte Wittke, Zimpel). Warum müssen wir gewerkschaftlich organisiert sein?

Obleute! Teilt alles für die Wahlarbeit ein! Kein Genosse und keine Genossin darf bei dieser Arbeit fehlen.

Am Sonnabend, 20 Uhr, erscheinen alle Mitglieder im Gewerkschaftshaus, Jugendheim, zu einer sehr wichtigen Sprechchorprobe.

Heim 1. Heut, 19 Uhr, an der Freiheitsbrücke zur Kundgebung. Fahnen mitbringen. Freitag Leseabend im Heiligen Geistgymnasium.

Heim 5 (Friedrich-Wilhelm-Straße). Heut, 18,30 Uhr, am Wachtplatz zur Kundgebung. Freitag im Heim. Sonnabend Elternfest der Arbeiterkinderfreunde. 25 Pf. ins Heim mitbringen. Sonntag vormittag zur Flugblattverbreitung. 13 Uhr zur Kundgebung, wir treffen uns am Wachtplatz. 19 Uhr in der Turnhalle Anderssenstraße.

Monistische Jugend

Heut 18½ Uhr ist die Musikgruppe im Heim. Um 19 Uhr alle Sprechchorteilnehmer zur Probe. 19½ Uhr im Heim „Beruf und Krankheiten".

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Abteilung 3 (Oberlor). Achtung! Erweiterter Abteilungsvorstand Freitag, 20 Uhr, wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus (Zimmer an der Tafel). — Alle Falken bei schönem Wetter um 18 Uhr auf der Wiese. Bei schlechtem Wetter in der Rosenschule zur selben Zeit.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Geschäftsst. Breslau 1, Ohlauer Str. 42, II. / Tel. 59072

Ortsverein. Heut 20 Uhr spricht in der Jahrhunderthalle der Preußische Ministerpräsident Otto Braun. Die Fahnen stehen um 19,30 Uhr im Vorgelände der Jahrhunderthalle Haupteingang.

Spielleute. Wir stehen heut 19,30 Uhr mit Instrumenten vor der Jahrhunderthalle, Haupteingang.

Vollmusik. Wir stehen heut 18,45 Uhr auf dem Podium der Jahrhunderthalle.

Ortsverein. Die Einäscherung des verstorbenen Kameraden Bette, vom Banner Deutsch-Lissa findet morgen 17 Uhr im Krematorium Gräbschen statt. Die Fahnen und die Kameraden der Banner treffen sich um 16,30 Uhr Endstation der Straßenbahn in Gräbschen.

Banner 11 (Reuler). Morgen 20 Uhr übliche Zusammenkunft. Funktionäre bereits 19 Uhr.

Banner Gandau. Unsere für Sonnabend angesetzte Pflichtversammlung fällt aus technischen Gründen aus.

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Breslauer Volksbühne. Zu der Aufführung der lyrischen Suite „Leben in dieser Zeit" von Erich Kästner und Edmund Nick am kommenden Sonntag vormittags 11½ Uhr im Stadttheater erhalten Billetts zum Einheitspreis von 1,25 Mark nicht nur die Mitglieder der „Jungen Bühne im Stadttheater", sondern alle Mitglieder der Volksbühne in der Geschäftsstelle, Schweidnitzer Straße 8 a.

Schlesische Philharmonie. Kommenden Montag findet das 11. Abonnements-Konzert der Schlesischen Philharmonie statt. Leitung: Richard Lert (Staatsoper Berlin), a. G. Solist: Diez Weismann (Violine). Aus dem Programm: Bach: Violinkonzert, E-dur, Brahms: Sinfonie Nr. 4, e-moll. Strauß: Serenade für Blasinstrumente, Vitali: Ciaccona für Violinsolo, Orgel und Streichinstrumente. — Karten täglich von 9 bis 14 und 17 bis 19 Uhr in der Geschäftsstelle der Schlesischen Philharmonie (Stadttheater).

Lobetheater. Nur noch bis einschließlich Freitag, täglich 20,15 Uhr, der große Schauspielerfolg „Vor Sonnenuntergang" von Gerhart Hauptmann. Im Max Dreyers, Sonnabend, 20,15 Uhr, zur Erstaufführung gelangendem Stück „Reifeprüfung" wirken in den Hauptrollen mit: Viktoria Ballasko, Hildegard Grethe, Hanna Meyer, Angela Salloker; Walter Bäuerle, Harry Förster, Hans Frank, Hans Madin, Hermann Menschel, Horst Preusker, Emil Stöhr. Inszenierung: Martin Wagner.

Thaliatheater. Nur noch bis einschließlich Freitag, täglich 20,15 Uhr „Die Waterloo-Brücke" von Robert E. Sherwood — deutsch von H. R. Kranz. Carl Zuckmayers Lustspiel „Der fröhliche Weinberg" wird Sonnabend 20,15 Uhr in neuer Einstudierung (Harry Wilton) in den Spielplan aufgenommen. Hauptrollen: die Damen: Benthoff, Eckert, Eger, Rose, Schramm; die Herren: Bruck, Carle, Eberhard, Habel, Jaegr, Lindemann, Oswald, Reiß, Salzmann, Selenka, Scherzer, Schmerzenreich, Thomas.

Vereinskalender

Deutscher Metallarbeiterverband

Vertreter-Generalversammlung. Donnerstag, den 28. April 1932, um 19,30 Uhr, Gewerkschaftshaus, kleiner Saal. Tagesordnung: 1. Kassen- und Geschäftsbericht. 2. Stellungnahme zur Wahl der Abgeordneten zum Verbandstag in Dortmund. 3. Verschiedenes. Jeder Vertreter muß bestimmt anwesend sein. Ohne Mitgliedsbuch und Vertreterkarte 1932 kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Geschäftliches

Was soll ich heute kochen? Ein oft gehörter Stoßseufzer vieler Hausfrauen, den unsere fortschrittliche Zeit nun ebenfalls in den überlebten Wortschatz der Vergangenheit verwiesen hat. Heute beginnt die Hausfrau sorgenlos ihren Tag. Sanne und Ella, die klugen Hausfrauen, werden ihr zeitig genug raten, was und wie sie kochen soll. Viele praktische Winke haben sie bereits gegeben, viel Wissen über neues Kochen vermittelt. Ihr bester Rat aber ist: nimm Sanella zu allem! Als Brotaufstrich, zum Kochen, zum Braten und zum Backen. Sie ist nahrhaft, wohlschmeckend und bekömmlich.

Wasserstand

	14. 4.	13. 4.		14. 4.	13. 4.
Ratibor	2.20	2.32	Kansern (Unter-Pegel)	3.50	3.50
Neiße (Stadt)	—0.19	—0.01	Oppenfurth	2.67	2.69
Neißemünd (Unt.-Pegel)	2.28	2.32	Abflußmenge sekundlich	203	206
Brieg (Mastenkran)	3.16	3.08	Fürstenberg vom 12. 4.	1.75	
Treschen	1.34	1.34	Wassertemperatur	+7,5	

Sonnenaufgang 5.5 Uhr — Sonnenuntergang 18.58 Uhr

Otto Braun

Preußens Ministerpräsident, spricht

Donnerstag, 14. April, 20 Uhr, in der Jahrhunderthalle

Eintrittskarten zu haben für 55 Pf., reservierte Plätze für 1 und 2 Mark, im Verkehrsbüro Barasch, Volkswachtbuchhandlung und dem Organisationshaus der Eisernen Front. Karten für Mitglieder, Rentner und erwerbslose Nichtmitglieder gegen Ausweis für 25 Pf., in der Volkswachtbuchhandlung, Büro der SPD., der Gewerkschaften und der Arbeiterbibliothek, am Büfett des Konsumvereins, Margaretenstraße 17 und im Büro des Reichsbanners, Ohlauer Straße 63. Erwerbslose Mitglieder erhalten Karten für 10 Pfennige in den Büros der Organisationen.

Die Kampfleitung der Eisernen Front für Groß-Breslau

SA.-Auflösung in Schlesien

In Schweidnitz werden Extrawürste gebraten

In der schlesischen Provinz in Ober- und Niederschlesien hat sich die Auflösung der Hitlerschen Privatarmee im allgemeinen reibungslos vollzogen. Die Polizei hat die Wohnungen der SA.-Führer und Geschäftsstellen durchsucht, einschlägiges Material sichergestellt und einzelne Uniformen beschlagnahmt. Die Kasernen der Bürgerkriegsarmee, deren Charakter nunmehr auch von der Regierung Brüning als solcher erkannt wurde, sind durchweg ohne Zwischenfälle aufgelöst worden, soweit dies nicht, wie in OS., schon vorher auf Grund besonderer Anlässe geschehen war. In Liegnitz, Görlitz und Waldenburg ergaben sich hierbei keine besonderen Schwierigkeiten, da die SA.-Leute offenbar von den Maßnahmen überrascht wurden und infolgedessen keine Zeit hatten, die faschistische Volksseele entsprechend ins Kochen zu bringen.

Eine Ausnahme macht allerdings, wie könnte es auch anders sein, das schlesische Potsdam, die Geburtsstätte der schlesischen Nazibewegung, Schweidnitz. Der Polizeigewaltige von Schweidnitz, Polizeioberinspektor Schell hat nämlich herausgefunden, daß die Schweidnitzer SA.-Kaserne eine — Wohlfahrtseinrichtung und daher von der Verordnung des Reichspräsidenten nicht betroffen sei. Es läßt sich nicht bestreiten, daß dieser Auslegung eine gewisse Originalität zugesprochen werden muß. Herr Schell ist allerdings ob seiner milden Handlungsweise schon anläßlich des großen Naziprozesses in Schweidnitz aufgefallen und seine jetzige Handlungsweise daher durchaus erklärlich. Ob es jedoch tragbar ist, solche Beamte weiter mit der Obsorge für die öffentliche Ruhe und Sicherheit in einem nichtnational-„sozialistischen" Staate zu betrauen, ist eine andere Frage, die wohl baldigst von kompetenter Stelle entschieden werden muß. Natürlich steht der offiziell volksparteilich firmierende Oberbürgermeister Franke, der als Polizeiverwalter das letzte Wort in solchen Angelegenheiten zu sprechen hat, hinter seinem Oberinspektor.

Ein Prozeß um Schulwanderungen

Vor dem Beuthener Schöffengericht hatte sich dieser Tage der Rektor Emil Prichalla wegen versuchten Betruges zu verantworten. Nach einer Verordnung des Ministeriums sollen mit den Schülern in vorgeschriebenen Abständen Wanderungen unternommen werden, für die, wenn sie den ganzen Tag in Anspruch nehmen, dem führenden Lehrer jeweils eine Tagesgebühr von 7 Mark vergütet wird. Nun soll Rektor Pr. im vorigen Jahr 35 Mark für insgesamt fünf solcher Ganztags-Wanderungen liquidiert haben, die ihm aber nicht ausgezahlt wurden, weil er in Wirklichkeit nur einen solchen Ausflug unternommen haben soll.

Der Angeklagte, der 28 Jahre Lehrer, darunter 14 Jahre Rektor der Schule III in Miechowitz ist, bestritt jede Schuld und schilderte eingehend das Verhältnis mit seinen Vorgesetzten und Untergebenen, das er eine Kette von falschen Verdächtigungen und Verleumdungen nannte. Es seien gegen ihn nicht weniger als 50 Anzeigen erstattet worden, die sich aber alle als haltlos erwiesen hätten. Die Beweisaufnahme fiel jedoch für den Angeklagten nicht sehr günstig aus. Besonders belastend war für ihn, daß er noch nach der Einleitung des Verfahrens den Schülern ein Aufsatzthema gab, das alle fünf Ausflüge behandelte, obwohl zahlreiche Zeugen bestätigten, daß tatsächlich nur eine Wanderung stattgefunden hat. Das Gericht stellte in der Urteilsbegründung fest, daß der Angeklagte bei der Liquidation objektiv und subjektiv falsche Angaben gemacht habe, und verurteilte ihn wegen versuchten Betruges zu 100 Mark Geldstrafe.

Lehrling

tötet einen Kollegen

Wegen einer Uhr gerieten beim Fleischermeister Kluem in Kotzenau zwei Lehrlinge, der Sohn des Meisters und der Sohn eines Gutsbesitzers Warmuth, in Streit. Im Laufe der Auseinandersetzung verletzte der junge Warmuth mit einem Messer den Lehrling Kluem an der Hand. Darüber geriet dieser derart in Zorn, daß er sein Messer nach dem Gegner warf. Warmuth wurde so schwer in die Brust getroffen, daß er bald darauf im Krankenhaus starb.

Lebendig verbrannt

In Wittichenau, Kreis Hoyerswerda, brannten das Wohnhaus und die Stallung mit Schuppen des Schwarzviehhändlers Josef Bulang bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die Hausbewohner selbst waren am Tage vorher verreist. Als die zurückgebliebene Feuerwache mit den Aufräumungsarbeiten begann, wurde die vollständig verkohlte Leiche eines Mannes aufgefunden, der nicht mehr identifiziert werden konnte. Eine bei ihm gefundene Uhr soll aber dem Besitzer gehört haben. Man vermutet daher, daß Bulang noch in der Unglücksnacht zurückgekehrt und in den Flammen umgekommen ist.

Liegnitz. Ammoniakvergiftung in einer Fleischerei. In der Fleischerei und Wurstfabrik Friedrich Boecker, Frauenstraße, drangen Ammoniakgase infolge einer Undichtigkeit in den Raum. Eine Person erlitt eine so schwere Vergiftung, daß sie sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Die Polizei nahm sofort die notwendigen Sicherungen vor, um ein weiteres Unglück zu vermeiden.

Löwenberg. Naziüberfall auf ein Schaufenster. Dem Reichsbannerführer, Kaufmann Heimann, auf der Bunzlauer Straße wurde nachts wieder ein Fenster seines Geschäfts zertrümmert. Als Täter wurde ein jugendlicher National-„Sozialist" ertappt.

Zobten kauft ein Kino. Der erst vor einigen Jahren mit einem Kostenaufwand von 70 000 Mark errichtete Neubau der „Schauburg" ist bei der Zwangsvollstreckung für den Preis von 24 000 Mark in den Besitz der Stadt Zobten übergegangen.

Reichsbanner Mittelschlesien

antwortet dem Gau Rheinland

Kameraden vom Rheinland!

Wir danken Euch für Eure tapfere Stellungnahme gegen die allen nationalen Grundsätzen hohnsprechenden Auslassung des auf die Reichsverfassung vereidigten und sie verleugnenden Regierungsrats Adolf Hitler. Auch wir empfinden es als schimpflich, wenn dieser auf Umwegen eingebürgerte und durchgefallene Reichspräsidentenkandidat aller Dummen in der Lauenburger Versammlung erklärte:

„Wenn man seiner Partei vorwerfe, daß sie sich einstweilen weigere, die deutsche Grenze zu schützen, so müsse er allerdings sagen, daß er seine Kämpfer nicht für das System opfern wolle. Er werde die Grenze erst dann schützen, wenn die Träger des gegenwärtigen Systems beseitigt wären."

Wir sind mit Euch der gleichen Auffassung, daß die Ausführungen dieses angeblich nationalen Mannes so ungeheuerlich sind, daß kein Schlesier, kein Ostmärker mehr diesem Manne und seiner Partei Folge leisten kann. Wenn 1914 Deutschlands ärmster Sohn sein getreuester war, so steht es nach diesen landesverräterischen Worten fest, welche Partei die Partei der Deserteure ist, die Nationalsozialistische Partei, angefangen von ihrem Führer Adolf Hitler.

Wir halten es mit Euch, als in der Eisernen Front stehend, für unsere Pflicht, mit diesen naziotischen Maulhelden am 24. April gehörig aufzuräumen. Preußen muß unter unseren bewährten Führern Braun und Severing erhalten werden. Wir wollen auch aufräumen mit dem auf der Wahlliste Mittelschlesiens stehenden Nazikandidaten Freiherrn von Reibnitz, der 1918 eine deutsch-polnische Republik Ostmark gründen wollte.

Leuten dieses Schlages, ob sie Hitler oder Reibnitz heißen, gehört unsere Gegnerschaft bis zum äußersten.

Ein kampffrohes Frei Heil zurufend von der Ostmark zum Rhein

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Gau Mittelschlesien

Aus der Umgebung

Dürrjentsch. Bei der Präsidentenwahl wurde hier in einem Stimmumschlag ein Zettel gefunden, auf dem ein Wähler geschrieben hatte: In Dürrjentsch gibt es Idioten, sie wollen Kommunisten sein und wählen Nazioten. Womit treffend die Situation am Orte umschrieben wurde. Als ehedem nur die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiter vertrat, hatte die Arbeiterschaft die Mehrheit im hiesigen Gemeindeparlament. Seit jedoch die Kommunisten sich bemerkbar machen, wachsen seltsamerweise die nationalsozialistischen Stimmen. Wie überall fördert die kommunistische Taktik den Faschismus.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 270—274
Telephon 59050, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9—13 u. 16—18 Uhr

Parteigenossen! Landarbeiter!

des Kreises Neumarkt

Ihr habt in der Hochburg der ostelbischen Junker am letzten Sonntag diesen mit ihrer Söldnergruppe Adolf Hitlers eine vernichtende Niederlage bereitet. Eine neue für die gesamte Landbevölkerung sehr bedeutende Entscheidung steht bevor.

Am 24. April wird der Preußische Landtag gewählt und Ihr habt wiederum die vereinigte Reaktion zu schlagen. Wir marschieren deshalb am Sonntag, dem 17. April, in den beiden Städten Kanth und Neumarkt auf, und zwar in **Neumarkt**, ab „Gelber Löwe", 14 Uhr, in **Kanth**, ab Sportplatz, 16 Uhr.

Redner in beiden Kundgebungen ist Bürgermeister Karl Mache, Breslau.

Oeffentliche Versammlungen

Am 14. April 1932

Schlanz. 20 Uhr, im Lokal Jakob. Redner Genosse Lehmann.
Bischwitz. 20 Uhr. Redner Genosse Beyer.
Albrechtsdorf. 20 Uhr. Redner Genosse Winzer, M.d.L.
Klein-Sürding. 20 Uhr. Redner Genosse Binnberg.

Sonnabend, den 16. April, 20 Uhr

Guckelwitz, Redner wird noch bekannt gegeben.
Klarenkranst, Lokal Michler, Redner Winzer, M.d.L.
Krichen, Lokal Burstan, Redner P. Seibold.
Prisselwitz, Lokal Kirstein, Redner P. Lehmann.
Puschkowa, Redner Schiffer.
Tschauchelwitz, Redner Beyer.
Wasserjentsch, Redner Hegelschneider.
Lampersdorf, Lokal Reimann, Redner Heinz Witt.
Grunau, Lokal Riedel, Redner Schneidewind.
Weißig, Lokal Rasewerk, Redner Binnberg.

Sacrau. Freitag, den 15. April, 20 Uhr, im Sacrau Lokal Rönsch: Oeffentliche Versammlung. Redner: Genosse Dr. Stammer. Wir erwarten guten Besuch.

Maltsch. Freitag, den 15. April, 14 Uhr, im Lokal „Zur Provinz": Oeffentliche Erwerbslosenversammlung. Redner: Genosse Schiffer. Erwerbslose auch aus der Umgegend erscheint restlos.

Brockau. Sozialistische Arbeiterjugend. Wir treffen uns um 18 Uhr und gehen zur Kundgebung der Eisernen Front. Karten sind für 10 Pf. zu haben.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Hauptmarkt am 13. April 1932

Der Auftrieb betrug: 935 Rinder, 1006 Kälber, 477 Schafe, 3198 Schweine.
Ueberstand vom vorigen Markte waren: 12 Rinder, — Kälber, — Schafe, 16 Schweine.
Mithin Gesamtauftrieb: 947 Rinder, 1006 Kälber, 477 Schafe, 3214 Schweine.

		Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm für Lebendgewicht
I. Rinder	917 Stück	
A. Ochsen:	56 „	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 1. jüngere		27–30
2. ältere		—
b) sonst vollfleischige 1. jüngere		22–24
2. ältere		—
c) fleischige		14–18
d) gering genährte		—
B. Bullen:	428 Stück	
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts		27–29
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		31–24
c) fleischige		16–18
d) gering genährte		—
C. Kühe:	354 Stück	
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts		24–27
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		18–20
c) fleischige		12–15
d) gering genährte		8–10
D. Färsen (Kalbinnen):	95 Stück	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts		28–31
b) sonstige vollfleischige		21–24
c) fleischige		16–18
E. Fresser:	16	
Mäßig genährtes Jungvieh		—
II. Kälber	1006 Stück	
a) Doppellender bester Mast		—
b) Beste Mast- und Saugkälber		41–45
c) Mittlere Mast- und Saugkälber		34–38
d) Geringere Kälber		22–26
III. Schafe	477 Stück	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel: 1. Weidemast		—
2. Stallmast		35–40
b) Mittlere Masthammel, ältere Mastlämmer und gut genährte Schafe		27–31
c) Fleischiges Schafvieh		20–24
d) Geringgenährtes Schafvieh		—
IV. Schweine	3214 Stück	
a) Fettschweine über 300 Kilo (3 Zentner) Lebendgewicht		—
b) vollfleischige Schweine aus ca. 240—300 Pfd. Lebendgew.		35–36
c) „ „ „ „ 200—240 „ „		33–36
d) „ „ „ „ 160—200 „ „		33–34
e) fleischige „ „ „ 120—160 „ „		30–31
f) „ „ unter 120 Pfund Lebendgewicht		—
g) Sauen und Eber		29–31

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht-, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Breslauer Produktenbörse vom 13. April 1932

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 13. April 1932. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen (Oelsaaten in kleinen Mengen) in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung. Nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste	für 1000 kg = 1 Tonne	frachtfrei Breslau
Oelsaaten, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Mehl	„ 100 kg	
Sämereien	„ 50 kg	
Kartoffeln, Rauhfutter	„ 50 kg ab Erzeugerstation	

Tägliche Amtliche Notierungen.

Getreide	12.	13.	
Weizen (schlesischer)			
Hektolitergewicht von 74,5 kg Durchschn.-Qual., gesund und trocken	258.00	258.00	Die Preise verstehen sich per 1000 kg waggonfrei Breslau in voll. 15 Tonnen-ladungen
Hektolitergewicht von 78,0 kg gut, gesund und trocken	262.00	262.00	
Hektolitergewicht von 72,0 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar	248.00	248.00	
Sommerweizen, hart, glasig, 80 kg	264.00	264.00	
Roggen (schlesischer)			
Hektolitergewicht von 71,2 kg Durchschn.-Qual., gesund u. trocken	208.00	208.00	
Hektolitergewicht von 72,5 kg gut, gesund und trocken	—.—	—.—	
Hektolitergewicht von 69,0 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar	204.00	204.00	
Hafer, mittlere Art und Güte	162.00	162.00	
Braugerste, feinste	196.00	196.00	
„ gute	190.00	190.00	
Sommergerste, mittlere Art und Güte	187.00	187.—	
Wintergerste 63-64 kg	—.—	—.—	

Industriegerste, 65 kg 187,00
Tendenz: Stetig.

Amtliche Notierungen für Mühlenerzeugnisse

	12.	13.		12.	13.
Weizenmehl (70%)	35.75	35.75	Auszugmehl	41.75	41.75
Roggenmehl (70%)	30.50	30.50			

Tendenz: Ruhig.

Sämereien, Landware (für 50 kg).

	Durchschnittsware (Landware)	Durchschnittsware (gereinigt)		Durchschnittsware (Landware)	Durchschnittsware (gereinigt)
Rotklee	45—60	78.00	Timothy	12.00	23.00
dto. poln.	—.—	—.—	Tarantklee	—.—	—.—
Weißklee	85—100	140.00	Luzerne, Prov.	—.—	—.—
Schwedenklee	35—55	68.00	Raygras	20—24	—.—
Gelbklee	40.00	50.00	Serradella	19.00	23.00
Inkarnatklee	—.—	—.—			

Luzerne je nach Provenienz 55—70.
Schimmelfarbiger Rotklee ostpreußischer Herkunft bedingt höhere Preise.
Tendenz: Rotklee sehr fest.

Meilenweit Asche

Die Südamerikanische Vulkankatastrophe — Zehntausende in Giftgasgefahr

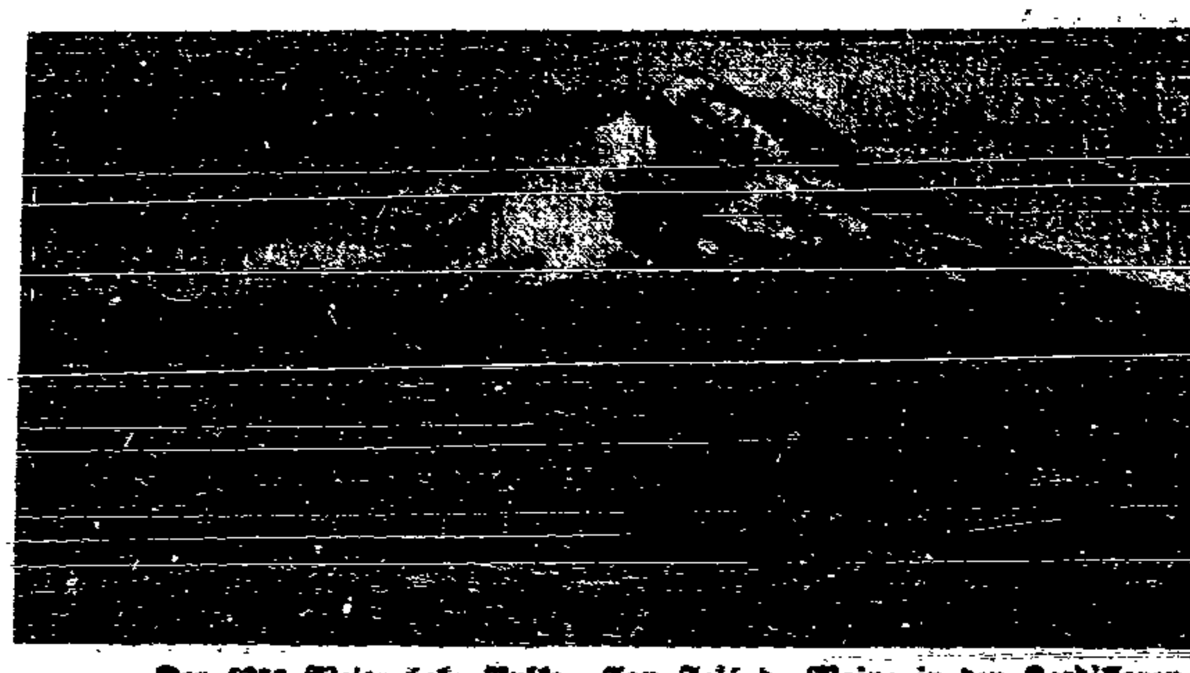
Im Flugzeug über den Kratern

Durch Flugzeuge wurde festgestellt, daß die Ausbrüche der Vulkane im südamerikanischen Andengebirge nachgelassen haben. Indes ist der außergewöhnlich heftigen Vulkantätigkeit eine Serie schwerer Erdstöße gefolgt. Ebenso dauern die Auswürfe von Asche noch an. Aus den Kratern schießen von Zeit zu Zeit riesige Feuersäulen, die durch die gleichzeitig ausströmenden Schwefelgase phantastisch in den Regenbogenfarben schillern. Die die Vulkane umgebenden Landstrecken erscheinen durch den unaufhaltsamen Aschenregen wie von einer Schneedecke überzogen. „Feuer und Schwefel" tauchen das Land in manchen Augenblicken in ein magisches Licht. Besonders gilt dies von dem berühmten sonnigen Süden Chiles, das seit je „Bravia Land" (Schönes Land) heißt, aber freilich diesen Namen nicht von der Augenblicksverzauberung der gegenwärtigen Katastrophe, sondern von seinem rivieraartigen Allgemeinzustand her trägt; sein Anblick wurde geprägt von blühenden Anlagen, Gärten und Hainen — heute ist hier alle Fruchtbarkeit vernichtet.

Die Bevölkerung der südwestlichen Mendozaprovinz befindet sich in größter Gefahr, durch die das Land überziehenden Schwefelgase zu ersticken; 80 000 Menschen hausen im Freien. Die Rettungskolonnen können sich wegen des anhaltenden Aschenregens und der durch die Hitze völlig vergifteten Luft nur mühsam den gefährdeten Städten und Dörfern nähern. Die von der argentinischen Regierung entsandten Hilfszüge mit Medikamenten und Sauerstoffapparaten sind im Aschenschnee stecken geblieben. Das Wasser ist in vielen Ortschaften untrinkbar geworden. Ein Massensterben wird aus diesem Grunde auch für viele der großen, vollkommen zersprengten Viehherden, für die auch kein Frischfutter beschafft werden kann, befürchtet; in wilder Angst rasen die Tiere über die Steppen.

In der Gegend von Buenos Aires begann sich der Himmel am Mittwoch morgen aufzuklären; später ging jedoch wieder ein wolkenbruchartiger Regen, durch den der angerichtete Schaden noch vergrößert wurde, nieder. Die Regenflut wird von einer Kältewelle begleitet. Aber aus dem Hauptgefahrengebiet fehlen noch zuverlässige Meldungen. Ausgesandte Erkundungsflieger mußten fast die ganze Zeit blind fliegen, da es nicht möglich war, durch die Aschenwolken hindurch auf die Erde zu blicken. Sofern die Flieger wegen der Undurchdringlichkeit der zudem von gefährlichen Dämpfen erfüllten Luft wieder umkehrten, geht aus ihren Schilderungen hervor, daß über den meisten Dörfern und Kleinstädten im Gebirge dicke Wolken von Asche hängen; die ganze Gegend soll aussehen „wie die Hölle". In den Kratern selbst ereignen sich nach den Beobachtungen der Flieger noch fortgesetzt von donnerndem Getöse begleitete Eruptionen.

Mit den Dörfern des westlichen Argentiniens sind alle Verbindungen abgeschnitten. Ein ausführlicher Bericht liegt aus St. Raphael vor: aus Angst vor dem Tod im Schwefeldunst verließen die Einwohner ihre Häuser und flüchteten aufs Land; in ein Hotel ergoß sich ein Lavastrom, durch den das Gebäude in Flammen gesetzt wurde; das Hotel brannte ab. Auch in Malargue fürchtet die Bevölkerung die Schwefelgase; Rettungskolonnen haben die Stadt noch nicht erreicht. Der Aschenregen ist im übrigen bereits bis nach Salta und Bahia Blanca an der Ostküste Südamerikas vorgedrungen, und Professor Hartmann vom astronomischen Observatorium in La Plata hält es sogar nicht für unmöglich, daß ein Teil der Aschenmassen unter besonderen Windverhältnissen bis über den Atlantik vorzudringen vermag.



Der 6096 Meter hohe Vulkan San José de Maipo in den Kordilleren

Wacker hält durch

Im Berliner Bilderprozeß hat der junge Kunsthändler Wacker jenen geheimnisvollen Lieferanten der durch ihn in den Handel gebrachten 30 auf ihre Echtheit umstrittenen van Gogh-Bilder noch nicht genannt. Wacker ist zwar heute selbst der Ansicht, daß nicht sämtliche der inkriminierten Bilder echt sind — aber auf die Frage des Vorsitzenden, welche er nun für echt und welche er für unecht halte, antwortet er vorsichtig: „Das möchte ich vorläufig noch nicht sagen."

Am Mittwoch wurden eine Reihe bedeutsamer — aber im Gesamtwert doch nicht eindeutiger — Gutachten erstattet. Der Leiter des Utrechter Erkennungsdienstes sagte aus, daß er im Auftrage des holländischen Sachverständigen Scherjon, ein von Wacker erworbenes angebliches van Gogh-Bild auf Fingerabdrücke mit dem Ergebnis untersucht habe, daß dieses Bild Fingerabdrücke van Goghs aufweise. Der Berliner Kriminalkommissar Müller, von der Staatsanwaltschaft geladen, meinte im Gegensatz hierzu, daß das gefundene Material zu einer solchen Behauptung nicht ausreiche. Der Sachverständige Wehlte legte Röntgenaufnahmen von den umstrittenen und von zweifellos echten van Goghs vor, wobei sich ergab, daß die Röntgenaufnahmen der echten Bilder in allen Fällen scharfe, große Malsicherheit beweisende Konturen aufwiesen; der umstrittenen jedoch nur in manchen. Der Sachverständige Wehlte teilte die umstrittenen Bilder in verschiedenwertige Gruppen ein, gab aber die Möglichkeit zu, daß auch diese verschiedenwertigen Bilder von einem einzigen Maler geschaffen sein könnten.

Als nach den kriminalistisch arbeitenden wieder die künstlerisch urteilenden Sachverständigen zu Worte kamen, wurde die Sachlage auch nicht klarer: ein Landschaftsbild, das z. B. der Sachverständige Dr. Thormaelen, Kustos an der Berliner Nationalgalerie, in langen Ausführungen und mit hundert Einzelheiten als freche Fälschung diagnostizierte, erklärte der Holländer Scherjon für zweifellos echt. Dr. Thormaelen meinte noch, daß der Fälscher der Bilder bestimmt nicht an Ort und Stelle gewesen sei; der Betrüger hätte wohl Motive van Goghs gestohlen, doch nicht das Wesen der van Goghschen Landschaft erfaßt. Der Maler Eugen Spiro, Vorstandsmitglied der Berliner Sezession, zweifelte die Echtheit der meisten Wacker-Bilder an, ebenso der Maler von König. Zum Teil befinden sich beide Sachverständige in einem Gegensatz zu Geheimrat Justi von der Nationalgalerie, der am Dienstag sämtliche Wackerschen van Gogh-Bilder für Fälschungen erklärte. Die Beweisaufnahme wird voraussichtlich am Donnerstag geschlossen werden.

[illegible]

Das am [illegible] (an der [illegible]) gelegene Schloß [illegible] wurde durch Großfeuer eingeäschert. Das aus dem 16. Jahrhundert stammende, zuletzt unbewohnte, als Kornspeicher benutzte Schloß stellte einen schönen Schmuck der Landschaft dar. Es wird Brandstiftung vermutet.

Durch [illegible] ist ein Teil der am Neckar gelegenen Burg Hornberg, der Schloß des Ritters Götz von Berlichingen, [illegible] beschädigt worden. Die [illegible] dürften einige Zeit in Anspruch nehmen.

„[illegible]"

Im Berliner [illegible] wollte das Gericht am Mittwoch feststellen, ob die [illegible] der Sklareks [illegible] daß ihre [illegible] Garderobe zu teureren Preisen [illegible] bei Maßschneidern hergestellt worden waren. Im allgemeinen hat der als Zeuge vernommene Mitinhaber der Firma Keller & Furch, ein Herr Flachs, bei den Vorzugskunden Maß genommen. Die „Abstammung" der Anzüge soll auf Wunsch von Max Sklarek auf den Anzügen nicht erkennbar gewesen sein, aber der Zeuge ist der festen Meinung, „daß die Herren trotzdem merken mußten, erstklassige Maßarbeit vor sich zu haben." Unter allgemeiner Heiterkeit wurde dann bei dem angeklagten Stadtbankdirektor Maß genommen, weil Hoffmann meinte, daß sein Anzug schlecht sitze, also wohl doch von den Sklareks stamme. Diese Vermutung ging Herrn Flachs wider die Geschäftsehre; er meinte, Herr Hoffmann verstehe sich nur nicht richtig anzuziehen; außerdem „fehle ihm heute der Bauch." Leo Sklarek begutachtet gleichfalls Hoffmann und seinen Anzug eingehend; der Vorsitzende mahnt ihn aber, lieber nicht so nahe an seinen so viel größeren und kräftigeren Gegner heranzutreten. . . .

Hochverratsverfahren gegen einen Reichswehrangehörigen

Das Reichsgericht verurteilte den Reichswehr-Obergefreiten Gremmler aus Hannover zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren, sowie den Arbeiter Gauweiler zu einer Festungsstrafe von zwei Jahren. Das Urteil erfolgte unter anderem wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Unterstützung einer kommunistischen staatsfeindlichen Verbindung und mit Vergehen gegen das Kriegsgeräte- und Schußwaffengesetz.

Stinkbomben und weiße Mäuse im Gothaer Landestheater

Im Landestheater in Gotha kam es gestern abend bei der Aufführung von „Juwelenraub am Kurfürstendamm" von Ladislaus Fodor zu Zwischenfällen. Mehrere Theaterbesucher warfen Stinkbomben, streuten Niespulver und ließen weiße Mäuse los. Die Ermittlungen führten zur Festnahme mehrerer Personen, die dem Vernehmen nach Anhänger der NSDAP. sind. Dem raschen Eingreifen der Intendanz und dem mustergültigen Verhalten des Publikums ist es zu danken, daß die Vorstellung bis zu Ende durchgeführt werden konnte.

Familientragödie

Fünf Tote

Der Kaufmann Karl Lehnert, seine Ehefrau und seine drei Kinder im Alter von neun bis dreizehn Jahren wurden gestern in München in der Wohnung durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Man vermutet, daß die Familie wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten in den Tod gegangen ist.

Unterschlagung — Freitod

In Seehausen bei Wanzleben (in der Nähe von Magdeburg) schied ein Geschäftsführer Kaiser mit seiner Ehefrau und seinem zweijährigen Töchterchen durch Gasvergiftung aus dem Leben; Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Kaiser hatte bei der von ihm geleiteten Allgemeinen Ortskrankenkasse Seehausen Unterschlagungen begangen und dafür seine gerichtliche Aburteilung zu gewärtigen.

Familiendrama

In Dresden erschoß ein 42 Jahre alter Mechaniker und Geschäftsinhaber seine Ehefrau und seine sechzehn Jahre alte Tochter. Familienzwistigkeiten bilden nach den bisherigen Ermittlungen das Motiv der Tat.

Heimkehr des Zeppelin

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" erschien gestern von seiner zweiten Südamerikafahrt zurückkehrend um 8.11 Uhr in Friedrichshafen über dem Werftgelände. Um 8.22 Uhr war die Landung glatt vollzogen. An Bord des Luftschiffes befanden sich elf Fahrgäste. Trotz teilweise sehr starken Gegenwindes hat das Luftschiff nur 100 Stunden für die Rückfahrt von Pernambuco nach Friedrichshafen benötigt.

Zum Tode verurteilt

Das Schwurgericht in Plauen verurteilte gestern abend den 27 Jahre alten Handlungsgehilfen Gerber aus Reichenbach wegen Mordes zum Tode. Gerber hatte am 10. Februar dieses Jahres das 13jährige Schulmädchen Magdalene Krügel aus Reichenbach im Vogtland beim Austragen von Zeitungen getroffen, es in ein Blockhaus gelockt und dort ein Sittlichkeitsverbrechen an der Kleinen begangen; darauf hatte er das Kind erwürgt.

Ausklang . . .

Der Pen-Klub, der Schutzverband Deutscher Schriftsteller, der Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten, der Verband Deutscher Erzähler, die lyrischen Autoren im Deutschen Schriftstellerverband und mehrere Einzelmitglieder der Preußischen Dichterakademie haben „ohne pathetischen Groll, aber auch ohne sanften Beschönigungswillen" Einspruch dagegen erhoben, daß man es bei der Weimarer offiziellen Goethefeier für überflüssig hielt, irgendeinen Standesvertreter der deutschen Schriftsteller mitwirken zu lassen.

Die Liebe zum Faschismus

Am Dienstag abend wurde in Zürich gegen das „Italienische Haus" ein Bombenanschlag verübt, der in dem noch nicht vollendeten Neubau beträchtlichen Schaden angerichtet hat. Das von der italienischen Kolonie errichtete Gebäude sollte ein Waisenhaus und einen Versammlungssaal aufnehmen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Die Bombe mit Zeitzündung war von einem Unbekannten auf ein Fenstersims gelegt worden. Man vermutet, daß es sich um eine politische Provokation handelt.

Vom Frieden in der Mandschurei

In der Mandschurei, in der sich jetzt die Japaner wohl endgültig als die Herren der Situation niedergelassen haben, ist ein japanischer Truppentransportzug durch eine Bombe zum Entgleisen gebracht worden. 13 japanische Soldaten wurden getötet oder verletzt.

Diese Japaner sind aber nicht die einzigen Opfer, die in der neuen Republik zu verzeichnen sind. Bei einem Kampf zwischen japanischen Truppen und irregulären chinesischen Soldaten wurden 300 Chinesen getötet und 150 verletzt.

Kapitän Kladebusch auf der Löwenjagd

Von G. Th. Rotman. (Nachdruck verboten.)

59.

Rumm—rumm—rumm! Lustig schnurrte das Flugzeug südwärts. Nachmittags waren sie ganz im Innern Afrikas, sie landeten und kochten am Saume des Urwaldes ihr einfaches Mahl. Mit philosophischen Blicken schauten sie in das flackernde Feuer hinein . . . „Vielleicht können wir hier schon einen Gorilla erwischen!" sagte der Kapitän; „ich habe so eine Ahnung, [illegible]"

60.

Huh! Kaum hatte er's gesagt, als eine große, haarige Hand ihn beim Kragen faßte. Kapitän Kladebusch erstarrte vor Schrecken; es war ein riesengroßer abscheulicher Gorilla! Er griff nach seinem Gewehr, aber gerade zu spät! Er wurde quer durch das Gesträuch gezogen und verschwand vor den Augen seiner zu Tode erschrockenen Neffen, die einander anstarrten und [illegible] Augenblicken keinen Laut hervorbringen konnten,

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Krisenkongreß der Gewerkschaften

Eggert spricht über die Frage der Arbeitsbeschaffung – Die Regierung will endlich helfen

Stegerwald kündigt Arbeitszeitverkürzung durch Notverordnung an

Scharfe Sprache der Gewerkschaftsvertreter

Der Außerordentliche Kongreß der Freien Gewerkschaften zur Aufrüttelung der Reichsregierung und der Oeffentlichkeit in der Arbeitsbeschaffungsfrage, der am Mittwoch im großen Sitzungssaal des Reichstages zusammentrat, war bestimmt kein Fehlschlag. Das zeigte schon der starke Besuch des Kongresses. Die Reichsregierung war durch den Arbeitsminister Stegerwald und den Wirtschaftsminister Warmbold vertreten, die preußische Staatsregierung durch Ministerpräsident Otto Braun, durch Innenminister Severing und den Finanzminister Dr. Klepper. Die Tribünen waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wohnten den Verhandlungen bei und das Gedränge auf der Pressetribüne verriet, daß der Kongreß in der breiten Oeffentlichkeit mit großer Spannung erwartet wurde. Der Reichskanzler konnte an dem Kongreß nicht, wie er vorhatte, selbst teilnehmen. In einem an den Kongreß gerichteten Schreiben begründete er sein Fernbleiben mit dringenden Regierungsgeschäften. Er wünschte der Tagung einen fruchtbaren Verlauf zum Nutzen der deutschen Volkswirtschaft und der deutschen Arbeiterschaft.

Der Kongreß wurde vom Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, mit einem kurzen Begrüßungswort eröffnet.

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung wurde von

Wilhelm Eggert,

dem Wirtschaftssekretär des ADGB., durch einen instruktiven Vortrag begründet. Der Ausgang der Reichspräsidentenwahl, so führte Eggert aus, hat deutlich gezeigt, daß die Verzweiflungswelle in Deutschland noch immer im Steigen begriffen ist. Von seiten der Weltwirtschaft ist baldige Hilfe kaum zu erwarten. Auf der anderen Seite sind fast 7 Millionen Arbeitslose in Deutschland, auf die Dauer eine unerträgliche Sache.

Soll die Lawine des Leidens und Elends hemmungslos weiterrollen? Die Führer der kapitalistischen Wirtschaft wissen weder aus noch ein. Sie machen es sich aber trotzdem recht bequem. Sie fordern einfach Freiheit der Wirtschaft, nehmen aber die Hilfe des Staates dauernd und ausgiebig in Anspruch. Der Staat hat gerade jetzt, wo die Privatwirtschaft versagt hat, die Aufgabe, regelnd und lenkend in die Wirtschaft einzugreifen, und hierzu gehört auch die Arbeitsbeschaffung.

Sie muß sich in den durch die finanziellen Verhältnisse gezogenen Grenzen halten. Ihre Arbeiten müssen selbstverständlich volkswirtschaftlich rentabel sein. Aber sind z. B. Schutzbauten gegen Hochwasser nicht rentabel? Jede Verschleppung dieser Arbeiten kostet später das Drei-, Vier- und Fünffache. Als besonders geeignet für die Arbeitsbeschaffung sind nach unserer Auffassung folgende Arbeiten: Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes, Arbeiten zum Schutz gegen Hochwassergefahr, Kleinwohnungsbau, Hausreparaturen, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost, Siedlungsarbeiten und landwirtschaftliche Meliorationen.

Etwa eine Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres bei diesen Arbeiten zusätzlich beschäftigt werden, wofür ein Gesamtkostenaufwand von rund 2 Milliarden Mark erforderlich wäre. Die Begrenzung auf eine Million, auf die Zeitdauer eines Jahres und auf 2 Milliarden Kostenaufwand ist nicht willkürlich, sondern gegeben durch die Gesamtverhältnisse der Volkswirtschaft. Darauf brauchen die Kommunisten natürlich keine Rücksicht zu nehmen, sie können ohne viel Ueberlegung sofort für alle Arbeitslosen und auf unbestimmte Zeit hinaus Arbeit fordern. Wir wollen aber nicht bloß fordern, sondern auch etwas erreichen.

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erfordert das Aufgebot aller Kräfte. Notwendig ist sogar eine Prüfung, ob nicht noch die öffentlichen Haushalte auch zu ihrem Teil zur Finanzierung beitragen können. Steuermittel aus der Hauszinssteuer und Reichsfluchtsteuer müssen für die Finanzierung verwendet werden. Ferner müssen die Ersparnisse der Reichsanstalt an Arbeitslosenunterstützung (infolge der Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen) herangezogen werden. Ebenso ist notwendig eine Arbeitsbeschaffungsanleihe, damit die Gelder aus dem Strumpf geholt werden.

Sämtliche Träger der Arbeitsbeschaffung müssen in einer „Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung" zusammengefaßt werden. Die Gewerkschaften müssen in der „Zentralstelle" wie in allen Arbeitsbeschaffungsorganisationen stark vertreten sein. Damit durch die Arbeitsbeschaffung keine Preistreiberei eintritt, ist eine scharfe amtliche Preisüberwachung notwendig.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung muß die Reichsregierung, um die vorhandene und zu beschaffende Arbeit auf möglichst viele Kräfte zu verteilen,

endlich die allgemeine gesetzliche 40stündige Arbeitswoche durchführen.

Wir müssen der Regierung den Vorwurf machen, daß sie in der Frage der 40-Stunden-Woche bisher vollständig versagt hat. (Sehr richtig.) **Wir haben den Eindruck, daß die Regierung und besonders das Reichsarbeitsministerium hier sich völlig von den Unternehmern ins Schlepptau nehmen ließen.** Die Not muß auf alle verteilt werden, dann ist sie leichter zu ertragen. Die Arbeiterschaft war in der Frage der Arbeitszeitverkürzung zu Opfern bereit. Sie betrachtet es als einen Skandal, daß noch immer 48 und über 48 Stunden gearbeitet wird in einer Zeit, wo fast 7 Millionen Arbeitslose nach Arbeit rufen. Die Angst, die Wirtschaft könne später bei einer 40-Stunden-Woche eine neue Konjunktur nicht mehr ausnützen, ist wirklich überflüssig, denn in dem rationalisierten Produktionsprozeß Deutschlands läßt sich später jede Konjunktur bei einer 40-Stunden-Woche bewältigen. (Sehr richtig.)

Die Arbeitsbeschaffung darf nicht im Zeichen niedriger Entlohnung stehen; denn sonst wird keine zusätzliche Kaufkraft geschaffen. Die Entlohnung der Arbeitskräfte in der Arbeitsbeschaffung muß nach den Bestimmungen der Tarifverträge erfolgen. Darum ist auch im allgemeinen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung für den Freiwilligen Arbeitsdienst kein Raum. Für diesen können nur wirklich zusätzliche Arbeiten in Frage kommen, die für Jugendliche als ungelernte Arbeitskräfte sich besonders eignen.

Der Reichswirtschaftrat hat sich auf Anregung der Gewerkschaften sehr eingehend mit der Arbeitsbeschaffungsfrage befaßt. Sein Bricht bejaht klar und unzweideutig die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und ihre Finanzierungsmöglichkeit. Leider enthält er kein Wort über den Kleinwohnungsbau. Wenn die Sachverständigen des Reichswirtschaftsrates eine Möglichkeit für die Beschaffung von Arbeit sehen, dann muß auch für die Regierung eine solche bestehen. (Wir fragen die Regierung: Wie stellt ihr euch denn den Gang der Dinge vor? Soll der gegenwärtige Zustand etwa bestehen bleiben, und wenn ja, mit welchen Mitteln soll denn dieser Zustand erhalten werden?

Wir wollen endlich Klarheit. Der Arbeitslose von heute ist nicht mehr mit Unterstützung zufriedenzustellen. Er wartet schon zu lange auf Arbeit Er will wieder als ein Mensch leben.

Der Hinweis auf die Inflation darf nicht vor durchgreifenden Maßnahmen zurückschrecken. Wenn das Volk sieht, daß endlich etwas gegen die Arbeitslosigkeit geschieht, dann wird es nicht Angst bekommen. Im Gegenteil: es wird aufatmen. (Sehr richtig.) Und dieses Aufatmen ist ein Schutz gegen die Inflationsgefahr. Die Not im Lande ist doch wahrhaftig bis ins Unerträgliche gestiegen. Viele Gemeinden sind am Ende ihrer Kraft. Aus dem Westerwald wird zum Beispiel gemeldet, daß auch ältere Arbeitslose in ziemlich großer Zahl bettelnd durch den Bezirk ziehen, weil infolge der fehlenden Unterstützung bitterste Not herrscht. In vielen Familien gibt es wochenlang nicht einmal Brot. Man lebt nur noch von Kartoffeln.

Und dann die Jugend! Die zerrüttete Wirtschaft ist nicht mehr in der Lage, den Arbeiternachwuchs ordnungsgemäß für seine beruflichen Aufgaben vorzubereiten. Hunderttausende von jungen Menschen werden gleich nach der Beendigung der Lehrzeit arbeitslos und bleiben es. Wie soll die deutsche Wirtschaft bestehen, wenn sie ihre Qualitätsarbeiter verliert?

Angesichts dieser gräßlichen Dinge richten wir mit stärkster Eindringlichkeit an die Regierung die Forderung, nun endlich zu helfen. Auch die Arbeiterschaft und insbesondere die Arbeitslosen haben das Recht, Forderungen zu stellen. **In ihrem Namen appelliert dieser Kongreß an die Regierung, nun auch einmal dieselbe offene Hand zu haben, die sie dem Unternehmertum gegenüber bisher so oft hatte.** Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung kann und muß durchgeführt werden. Es muß gelingen, in der Zusammenarbeit aller Kräfte, die guten Willens sind, das Unglück der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu mildern.

Eggerts Vortrag wurde vom Kongreß mit starkem Beifall aufgenommen.

Im Auftrage des Reichskanzlers nahm danach der **Reichsarbeitsminister Stegerwald** das Wort.

Der Minister bemerkt einleitend, daß das Fernbleiben des Kanzlers keineswegs etwa mit dem Beratungsgegenstand des Kongresses zusammenhänge und beruft sich dann auf seine Rede auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß:

Wir sind weder optimistisch noch zu pessimistisch gewesen. Dem haben wir es zuzuschreiben, daß wir mit den Mitteln für die Arbeitslosenunterstützung noch so ausgekommen sind. Ein Hauptfaktor für jede Besserung ist die außen- und innenpolitische Beruhigung, also ein befriedigender Ausgang der im Juni vor Ablauf des Hoover-Freijahres abzuhaltenden Reparationskonferenz, ebenso wie die geistige Gesundung im Innern. Dafür wird nun nach der Reichspräsidentenwahl die Preußenwahl von größter Bedeutung sein. Den Wendepunkt in der Weltwirtschaftskrise erwarten viele für die zweite Hälfte 1932, in England und Amerika aber rechnet man damit erst für das Jahr 1933. (Unruhe.)

Als Hauptursache des Schrumpfungsprozesses kann ich nicht die Gehaltskürzung ansehen. Diese war unerläßlich, um unseren Etat in Ordnung zu halten. Bei einer solchen Kürzung der öffentlichen Personalausgaben um 2½ Milliarden Mark konnte auch die Privatwirtschaft mit ihren Löhnen nicht unbeteiligt bleiben.

Warum haben sich so viele Großunternehmer bei der Reichspräsidentenwahl für Hitler erklärt? Weil sie durch eine zweite Inflation ein zweitesmal ihre Schulden los zu werden hoffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch mir gefällt vieles an den Notverordnungen nicht. Aber ohne die Notverordnungen wären wir heute in einer Inflation, gegen die 1923 nur ein schwaches Vorspiel gewesen wäre. Der Minister verteidigte dann seine Haltung in der Arbeitszeitfrage gegen den Vorwurf, unter dem Druck der Unternehmer gestanden zu haben. Die Bankensanierung sei nicht aus Liebe zu den Aktionären erfolgt, sondern im Interesse der dreiviertel Millionen Konteninhaber, von denen die Weiterbeschäftigung großer Arbeitermassen abhing. Die von Eggert aufgezählten Arbeitsgelegenheiten erkennt der Minister an. Er betont, daß die Kosten auf keinen Fall durch eine Inflation „aufgebracht" werden dürfen, dagegen wäre selbst Nichtstun noch das kleinere Uebel. (Zwischenrufe). Aber natürlich bleibt Nichtstun außer Betracht. Bei den zu beschaffenden Arbeiten, so meint Stegerwald weiter, werde man neben der Geltung der Tariflöhne doch auch den freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen und sogar erweitern müssen, aber so, daß das Geltungsgebiet der Tarife nicht bedroht werde.

Stegerwald erklärte weiter, daß er keine Möglichkeit sähe, im Laufe des nächsten Jahrzehnts die deutsche Rentenversicherung weiter ausbauen zu können. Man müsse den Rentenbeziehern ein Stückchen Land zuweisen, durch dessen Bebauung sie sich einen Naturalzuschuß zur Rente beschaffen können. (Widerspruch). Die Reichsregierung habe bereits sichere Finanzierungspläne für eine verstärkte Siedlung, besonders für eine Verstärkung der städtischen Vorortsiedlung, ebenso auch für den Straßenbau und für Wohnungsreparaturen.

Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung erklärte Stegerwald, daß die Reichsregierung nochmals Besprechungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften herbeiführen wolle, und, falls diese Besprechungen ergebnislos bleiben sollten, eventuell durch eine Notverordnung die Arbeitszeit verkürzen werde.

An eine allgemeine Lohnsenkung nach dem 30. April würde weder im Reichsarbeitsministerium noch in der Reichsregierung gedacht. Für das Gros der Arbeiter seien die Löhne nicht mehr zu hoch. Es seien aber noch einige Angleichungen notwendig. (Heftiger Widerspruch der Delegierten.) Diese Angleichungen sollen aber nicht das Signal sein für einen allgemeinen neuen Lohnabbau. Minister Stegerwald schloß seine Rede mit der Versicherung, daß für die Arbeitslosen von der Regierung alles geschehen solle, was geschehen kann, ohne die deutsche Währung zu gefährden.

Die Aussprache

wurde eröffnet durch Bernhard, den Vorsitzenden des Deutschen Baugewerksbundes. Er gab ein erschütterndes Bild von dem zusammengebrochenen Baumarkt: 90 Prozent der organisierten Bauarbeiter sind arbeitslos. Für Arbeitsbeschaffung der Bauarbeiter empfiehlt Bernhard vor allem drei Gebiete: **Kleinwohnungsbau, Altwohnungsreparatur** und **Straßenbau.** Man sagt, in den Wohnungsbau sei zuviel Geld hineingesteckt worden. Kein Wort davon ist wahr. Jedenfalls haben die Bauarbeiter nicht zuviel abbekommen. Die Bauarbeiterlöhne sind an den teuren Mieten bestimmt nicht schuld. Die Bauarbeiter fragen sich, wie tief man denn ihren Lohn eigentlich noch senken wolle, wo bereits zwei Drittel noch lange nicht eine Mark Stundenlohn erhalten, wenn sie Arbeit haben, und das alles trotz Wanderarbeit, Saisonarbeit, doppelten Haushalt usw. Soll denn das alles unberücksichtigt bleiben? Das Reichsarbeitsministerium treibt aber gegenüber den Bauarbeitern zu neuem Lohnabbau. Mit Lohnabbau, Herr Reichsarbeitsminister, werden Sie die Wirtschaft bestimmt nicht ankurbeln. Wir Bauarbeiter stehen im Lohn bei 1925 und nicht bei 1927. Herr Dr. Stegerwald, Sie müssen endlich auch wieder einmal den Gewerkschaftler in sich entdecken. (Starker Beifall.) Die Grenzen des Erträglichen sind überschritten. Der Baukapitalismus lastet auf den Mieten, nicht aber der Lohnpfennig. Zu allem Ueberfluß macht man nun den Bauarbeitern auch noch mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst das Leben schwer. Dieser Dienst stört bereits empfindlich den freien Markt. Mit ihm schafft man nur neue Arbeitslose, vor allem unter den Bauarbeitern. Der Abbau der Hauszinssteuer in einem Zeitpunkt, wo man jeden Pfennig Steuer festhält, ist unbegreiflich. Die Regierung läßt sich viel zu sehr von politischen Erwägungen leiten. Sie will der Wirtschaftspartei nicht wehetun. Und nun kommen auch noch Bevölkerungspolitiker, die nachweisen wollen, daß in den Städten nicht mehr gebaut zu werden braucht. Eine geringe Wanderung aufs Land ist zu verzeichnen. Aber sie ist noch lange kein Argument für eine Einstellung des Kleinwohnungsbaues in den Städten. Was sich heute an der Peripherie der Großstädte tut, sieht ganz danach aus, als ob da Zigeunerviertel nach dem Muster der Balkanstädte entstehen sollen. Die armen Teufel ziehen hinaus in die Laubengärten und in die Verfallswohnungen, und draußen auf dem flachen Land ist das Wohnungselend sozial und hygienisch noch schlimmer als in der Großstadt. Das Reichsmietengesetz steht auf dem Papier. Niemand zwingt den Hausbesitzer, daß die ihm zur Verfügung gestellten Mittel für die notwendigen Reparaturen Verwendung finden. Und sie sind wirklich notwendig, diese Reparaturen; denn im Innern der Altbauten sieht es noch schlimmer aus als an ihren Fassaden. Der Straßenbau ist ebenfalls alles andere als Luxus. Jeder Straßenverfall schafft Verkehrsstörungen und Unglücksfälle. Heute sind ganze Straßenzüge bereits gesperrt. Beim Straßenbau könnte ganz besonders gut deutsches Material verwendet werden. Es ist Blödsinn, in Notstandsgebieten mit Kunststein Straßen zu bauen.

Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsnotwendigkeiten auf dem Baumarkt also in Hülle und Fülle. Wie lange will man noch warten, um hier Abhilfe zu schaffen? (Starker Beifall.)

Metz vom Metallarbeiterverband fordert mit besonderem Nachdruck, daß die Regierung endlich aus ihrer Resignation herausgehe und zu einer aktiven Konjunkturpolitik schreite. Gegenüber dem System der Systemlosigkeit müsse die Arbeiterschaft auf einen planmäßigen Umbau der Wirtschaft hinarbeiten.

Schmidt vom Bergarbeiterverband begründete an Hand außerordentlich lehrreicher Beispiele über Fehlinvestitionen die Forderung der Bergarbeiter nach Verstaatlichung des Bergbaus. Sie allein könne gegenüber der durch Stillegungen, Kündigungen und Konzentrationen geschaffenen unerträglichen Not der Bergarbeiter Hilfe bringen. Schon jetzt aber müsse durch Einführung des Krümpersystems und der Vierzigstundenwoche eine sofortige Milderung der Not herbeigeführt werden.

Lengersdorff vom Gesamtverband bemerkt zu der Feststellung des Arbeitsministers, daß gegenwärtig das Verhältnis der Löhne zueinander noch uneinheitlicher sei als 1927: Uns überrascht diese Feststellung nicht; denn der schematische Eingriff der Notverordnung in den Lohn mußte naturgemäß neue Ungerechtigkeiten schaffen. Diese neuen Ungerechtigkeiten kann man aber nicht durch neuen Lohnabbau, d. h. durch neues Unrecht aus der Welt schaffen. Auch der Erklärungsversuch des Ministers, daß in der Frage der Vierzigstundenwoche infolge des Sturzes des englischen Pfundes Schwierigkeiten entstanden seien, erscheint uns etwas künstlich. Draußen im Lande erzählen die Kommunisten den Arbeitern, solange die Regierung noch Lohnabbaukürzungen wolle, sei sie nicht für Arbeitszeitverkürzung. Man kann leider schwer etwas dagegen sagen. Eine durchgreifende Arbeitszeitverkürzung wäre der beste Schutz der Regierung gegen den Verdacht, daß sie Lohnabbau ohne Ende treiben will.

Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffung, aber doch innerhalb der Grenzen des Möglichen kann etwas getan werden. Die Alarmierung der Geister durch die Aktion der Gewerkschaften hat die Oeffentlichkeit und die Regierung aufgerüttelt. Daraus müssen praktisch Konsequenzen gezogen werden, und zwar jetzt schon im Frühjahr und nicht erst im Herbst. Dieser Kongreß muß der Anfang einer Bewegung sein, die endlich einmal zu einer Aenderung der Dinge führt, und in dieser Bewegung hat die öffentliche Wirtschaft eine große Aufgabe. In Deutschland spielt die öffentliche Wirtschaft eine Rolle wie in keinem anderen Land außer Rußland. Sie muß in die Arbeitsbeschaffung eingespannt werden. Große Auftragsbestände gilt es für Notzeiten aufzustapeln, und ebenso müssen Kapitalreserven für solche Zeiten angesammelt werden. Aufgabe des Kongresses muß es sein, auch hierfür einen

Weg zu zeigen, um künftig solchen Notständen, wie wir sie jetzt erleben, vorzubeugen.

Arndt-Dresden schildert überaus anschaulich die furchtbare Not unter der Industriearbeiterschaft Sachsens. Ganze Landstriche, wo kaum 10 Prozent Beschäftigte zu finden sind! Riesenhafte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit! Kein Wunder, daß der Radikalismus sich immer mehr breit machen kann. Der Minister betonte Arndt, sprach von der Hemmung der Arbeitsbeschaffung durch die politische Unruhe. Umgekehrt kann aber auch die Arbeitsbeschaffung diese politische Unruhe sehr stark beeinflussen: je mehr Arbeit, desto weniger Unruhe! (Sehr richtig). Die Verzweiflung ist es die den Kranken schließlich zum Kurpfuscher treibt, wenn er sieht, daß der Arzt sich nicht um ihn kümmert. (Sehr richtig). Gewiß gibt es Ursachen der Not, an denen wir wenig ändern können, die Regierung hat aber auch Fehler gemacht. Ihre Deflationspolitik belastet die Massen so schwer wie eine Inflation. Der Minister sagte, der Lohnabbau habe kommen müssen, weil der Gehaltsabbau unvermeidbar gewesen sei. Das ist noch kein Beweis, daß nicht doch auch ein anderer Weg hätte beschritten werden können. Warum nicht rechtzeitig Arbeitszeitverkürzung statt Lohnabbau? Wir hätten dann wenigstens eine Auflockerung des Arbeitsmarktes erzielt. Auch die Zollpolitik der Regierung ist bestimmt kein Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten in der Lohnfrage. Wir glauben der Regierung gerne, daß auch sie sich um die Arbeitsbeschaffung kümmert. Es kommt aber darauf an, mit welcher Vordringlichkeit bei ihr die Arbeitsbeschaffungsfrage zur Erörterung steht. Aus Angst vor Inflation darf nicht das unbedingt Notwendige unterbleiben. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. (Starker Beifall im Kongreß und auf den Tribünen).

Tarnow, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, geht mit der Regierung scharf ins Gericht. Unsere Arbeitsbeschaffungsforderung, so führt er aus, beantwortet man vielfach mit dem Bemerken, Arbeitsbeschaffung sei doch selbstverständlich, und der Minister sagt, die Regierung werde alles tun, was möglich sei. Hoffen wir, daß der Minister damit sagen wollte, daß die Regierung künftig mehr tun will, als sie bisher in der Arbeitsbeschaffung getan hat, denn sonst würde das Wort des Ministers nicht viel bedeuten. Allem Anschein nach gibt es in der Regierung bestimmte Kreise, die der Arbeitsbeschaffung sehr kühl gegenüberstehen. So ist in Genf, wo Albert Thomas unermüdlich für die Inganggesetzung einer internationalen Arbeitsbeschaffung kämpft, festgestellt worden, daß von der deutschen Regierung keine Pläne für internationale Arbeitsbeschaffung beim Internationalen Arbeitsamt eingereicht worden sind. Man hört, daß Ressortschwierigkeiten die Ursache dafür sein sollen.

Arbeitsbeschaffung ist unbedingt notwendig; denn die Automatik der Krisenüberwindung in der kapitalistischen Wirtschaft ist unterbrochen. Das Bekenntnis gegen Inflation ist noch lange keine Aktivität in der Arbeitsbeschaffung. Gewiß gibt es kein Generalrezept, aber es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten für Arbeitsbeschaffung und für deren Finanzierung. Man darf nicht vergessen, daß die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes auch keine Sicherheit für die Währung darstellt; denn wir stecken in einem sehr labilen Zustand. Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, daß aus den bisherigen Erfahrungen Konsequenzen gezogen werden müssen. Die Regierung mußte sich wohl oder übel zu starken Eingriffen in die Wirtschaft entschließen, und es werden noch viel stärkere Eingriffe notwendig sein, wenn die Not bezwungen werden soll. Für uns ist die Arbeitsbeschaffung nicht nur ein Notbehelf, sondern auch ein Anfang, um aus dem Elend des kapitalistischen Systems herauszukommen.

Der sozialpolitische Sekretär des ADGB.,

Franz Spliedt,

erinnerte die Regierung daran, daß der Umbau der Krisenfürsorge und der Wohlfahrt in eine Reichserwerbslosenfürsorge noch immer nicht vorgenommen sei. Die Zeit dränge; denn viele Gemeinden seien am Ende ihrer Kraft.

Die Debatte, an der sich noch **Thiemig** vom Fabrikarbeiterverband, **Hnatzke**, Bezirkssekretär von Ostpreußen, **Scheffel** vom Einheitsverband der Eisenbahner und **Kreuzer** vom Landarbeiterverband mit aufschlußreichen Beiträgen zur Arbeitsbeschaffungsfrage beteiligten, wurde von **Eggert** mit einem scharfen Appell an die Regierung abgeschlossen.

Das Maß ist voll! So rief Eggert der Regierung zu. Die Gewerkschaften übertreiben nicht gerne. Wenn sie jetzt angesichts der steigenden Not erklären, daß das Maß voll ist, dann muß das für die Regierung eine ernste Mahnung sein. Wir werden von neuem bei der Regierung vorstellig werden und unsere Forderungen von neuem eingehend begründen. Unsere Entschließung zur Arbeitsbeschaffung bedeutet einen Auftrag an den Bundesvorstand, mit neuer Kraft und ohne Unterlaß den Kampf um die Arbeitsbeschaffung weiterzuführen.

Die Entschließung zur Arbeitsbeschaffung wurde vom Kongreß einstimmig angenommen. (Wir veröffentlichen sie im politischen Teil.)

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Schumann, schloß den Kongreß mit dem Hinweis, daß der Kampf um Preußen nicht zuletzt auch ein Kampf um die Arbeit sei. Nur eine Ueberwindung des Radikalismus und vor allem des Faschismus schaffe die Gewähr, daß die Gewerkschaften den Kampf um Brot siegreich zu Ende führen.

33 045 Beschäftigte im freiwilligen Arbeitsdienst

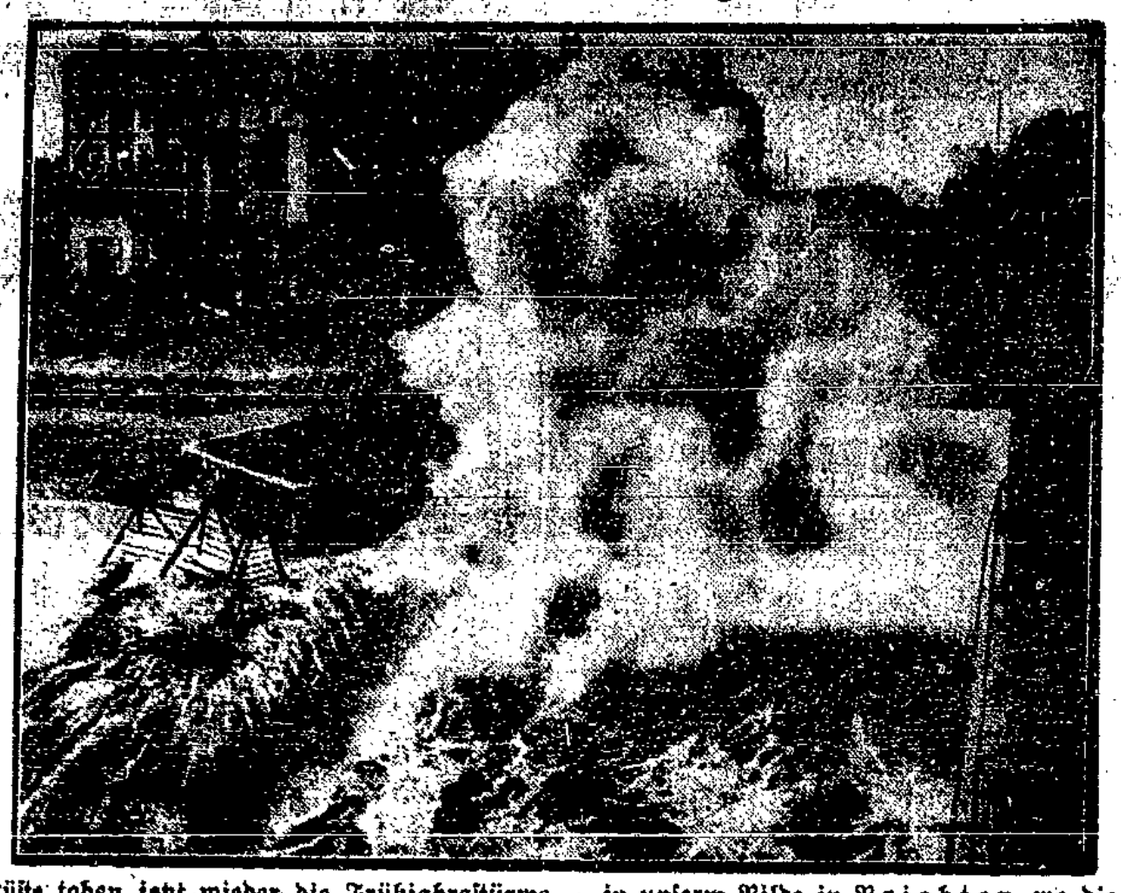
Bis Ende Februar dieses Jahres sind im Reich insgesamt 1127 Maßnahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes mit einer Beschäftigungszahl von 33 045 Arbeitsdienstwilligen von den Landesarbeitsämtern anerkannt worden. Das bedeutet die Schaffung von 1127 zusätzlichen Beschäftigungsgelegenheiten für insgesamt über 33 000 Arbeitslose, die im Laufe des letzten Jahres dadurch eine zeitweise Betätigungsmöglichkeit erlangt haben. Von diesen 1127 Maßnahmen waren am 29. Februar 147 (also 13 Prozent) bereits beendet, ein anderer, nicht genau erfaßbarer Teil zwar anerkannt, aber noch nicht mit der vorgesehenen Höchstbeschäftigungszahl in Gang.

Die größte Zahl der Maßnahmen, nämlich rund 43 Prozent, entfällt auf Arbeiten zur Hebung der Volksgesundheit. Dazu gehören neben dem Aus- und Neubau von Spiel- und Sportplätzen die Anlage und Ausgestaltung von Volkserholungsstätten, von Jugendherbergen und Gesellheimen, die Errichtung von Bad- und Schwimmanstalten, der Bau von Flugsport-Anlagen usw. Den nächststärksten Anteil mit 17,6 Prozent aller Maßnahmen weisen die Bodenverbesserungsarbeiten auf. Die Verkehrsverbesserungsarbeiten sind mit 12,8 Prozent vertreten, die Errichtung von Siedlungs- und Kleingartenland mit 6,6 Prozent der Gesamtzahl der Maßnahmen.

Zu den Forstarbeiten, deren 37 bis Ende Februar anerkannt waren, zählen Rodungs- und Aufforstungsarbeiten, die Herstellung von Entwässerungsgräben und Waldwegen.

Einen starken Anteil der Gesamtzahl der Maßnahmen haben die „Sonstigen Maßnahmen (189, gleich 16,8 Prozent), bei denen es sich um eigene zur Arbeiten der Winterhilfe und der Allgemeinen Wohlfahrtspflege handelt, wie das Ausbessern und Anfertigen von Wäsche, Kleidung, Schuhwerk, Haushaltungsgegenständen und Möbeln, die Zubereitung von Mahlzeiten für die minderbemittelte Bevölkerung, ferner wissenschaftliche Forschungsarbeiten, Arbeiten zur Errichtung von Friedhöfen, zur Herstellung von Arbeitsgeräten für Arbeitsdienstwillige usw. dergleichen. In dieser Gruppe ist die Mehrzahl der Maßnahmen für weibliche Arbeitsdienstwillige zu finden.

Frühjahrsstürme an Englands Küste



An der englischen Küste toben jetzt wieder die Frühjahrsstürme — in unserm Bilde in Brighton, wo die riesigen Wellen erst kurz vor der Strandpromenade sich brechen.

Zuchthaus für einen Psychopathen

Der Bauarbeiter E. ist den Gerichten kein Unbekannter, denn er kam schon oft mit den Strafgesetzen in Konflikt, dessen Ursache letzten Endes seine verminderte Zurechnungsfähigkeit ist. Sein ganzes Benehmen läßt den schwer degenerierten Menschen erkennen und die Aerzte bescheinigen ihm auch ständig, daß er ein schwerer Psychopath ist. Seine ständige Erregung hat ihn auch schon in große Unannehmlichkeiten gebracht und als er dieser Tage dem Kleinen Schöffengericht vorgeführt wurde, befand er sich in besonders großer Aufregung, denn er hat noch unter den Folgen erheblicher Verletzungen zu leiden, die er sich bei einer Schlägerei im Strafgefängnis in Kletschkau geholt hat. Wahrscheinlich war der geistig minderwertige Mensch wieder sehr erregt gewesen, so daß ihn die Beamten glaubten, nicht anders bändigen zu können, als ihn mit Gummiknüppeln zu bearbeiten. Als er immer wieder dem Gericht klagte, wie schwer er verletzt worden sei, wurde ihm geraten, Anzeige zu erstatten, doch wie er erklärte, hat er das bereits getan, worauf er den Bescheid erhalten habe, die Beamten hätten sich in Notwehr befunden. Jetzt führte den kleinen, ausgemergelten Menschen wieder eine Diebstahlssache vor Gericht. Nach der Anklage soll er in das Zimmer eines Oberkellners eingebrochen sein und eine Lederjacke, Betten, eine Decke und eine Aktentasche gestohlen haben. Er bestreitet es und behauptet, daß die Sachen, die in seinem Schrank gefunden wurden, ihm ein Fremder gebracht habe. Dieser Fremde, der als Zeuge vernommen wurde, bestritt dies, doch soll er von dem Bestohlenen 10 Mark bekommen haben, wenn er ihm die Sachen wiederbeschaffe. Tatsächlich ist auch durch dessen Vermittlung der Bestohlene wieder in den Besitz seiner Sachen gekommen. Das Gericht hielt trotz der etwas ungeklärten Sache für erwiesen, daß E. der Einbrecher sei und verurteilte ihn, in Anbetracht seiner vielen Vorstrafen, unter Versagung **mildernder Umstände zu drei Jahren Zuchthaus, vier Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.** Berücksichtigt man trotz seiner Vorstrafen, daß er ein schwerer Psychopath ist, was jedem Angeklagten strafmildernd zugute gehalten wird, so ist das Urteil als unverständlich hart zu bezeichnen. Der Angeklagte selbst in seiner Beschränktheit hatte nichts darauf zu erwidern, als: „Kommt gar nicht in Frage!"

Voruntersuchung gegen die „Ibu"

Die Staatsanwaltschaft hatte gegen die führenden Personen des „Interessenverbandes Breslauer Untermieter" ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, das zu der Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung gegen 11 Personen führte. Den Angeschuldigten wird Betrug zur Last gelegt. Sie sollen etwa 600 Personen, Mitglieder des Vereins, dadurch geschädigt haben, daß sie unwahre Angaben machten und die für den Verein eingegangenen Gelder für sich verbraucht haben.

Eingestelltes Verfahren gegen Glücksspieler

Im Frühjahr 1930 wurden sechs Eskarte-Spielklubs in Breslau ausgehoben, gegen die Spielklubunternehmer und die Mitglieder, etwa 135 Personen, war das Verfahren wegen unerlaubten Glücksspieles eröffnet worden. Jetzt ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Verfahren durch Gerichtsbeschluß eingestellt worden. Die rechtliche Grundlage für diesen Beschluß bot die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931, wonach geringfügige Vergehen aus Sparsamkeitsgründen einzustellen sind. Da die Spielunternehmer auf die Rückgabe der beschlagnahmten Spieleinrichtung verzichtet und sie Mittel zur Gründung neuer gesetzwidriger Spielunternehmen kaum haben dürften, werden die Spielklubs kaum wieder aufgezogen werden.

Werbt

Das Blatt der Werktätigen

monatlich 2,10 frei ins Haus

für die Volkswacht

Sommerdienst im Polizeipräsidium

Die Dienststunden der Verwaltungspolizei sind für die Zeit vom 15. April bis 14. Oktober wie folgt festgesetzt: Freitag bis Montag von 7 bis 15,15 Uhr, Sonnabend von 7 bis 13 Uhr. Für dringende Angelegenheiten ist anschließend ein Sonderdienst eingerichtet, der anschließend an die vorgenannte Dienstzeit bis 19 Uhr und an den Sonntagen von 8 bis 12 Uhr tätig ist.

Kunstausstellung „Gruppe 1922".

Am Sonntag, den 17. April, 12 Uhr, wird in der Künstlerbund-Halle am Christophoriplatz eine Ausstellung von Gemälden, Graphik und Plastik eröffnet, an der folgende Künstler beteiligt sind: J. Aschheim, W. Braun, Paul Dobers, Paul Grünfeld, Julius Haberfeld, Professor Karl Hanusch, Plauen, L. P. Kowalski, Thomas Myrtek, Georg Nerlich. Die Ausstellung wird alsdann täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet sein.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau E. V.

Tennisabteilung. Mit dem 1. Mai beginnt für die Arbeiter-Tennisspieler das Spielen auf den Plätzen in Morgenau. Mitglieder werden noch angenommen.

7. Männerabteilung. 15. April, 21 Uhr, Quartalsversammlung im Vereinslokal.

1. Männerabteilung. 17. April, 9 Uhr vormittags, Ansportein im Eichenpark.

Bezirksspielausschuß Handball. Am 5. Mai (Himmelfahrt) soll mit der diesjährigen Faustballserie begonnen werden. Meldeschluß 18. April.

Fußball

Sportklub Herrnprotsch. 15. April: Vollversammlung.

Adler-Schwoitsch. 16. April, 20 Uhr: Vollversammlung bei Rauh. Anschriften an Genossen Hermann Blache.

ASC. Askania. Freitag, 15. April, 20 Uhr: Vollversammlung. Vorher Vorstandssitzung.

Fußballabteilung West. 19. April, 20 Uhr, Quartalsversammlung im Vereinslokal.

Schiedsrichter-Ausschuß Fußball. Die Spiele Wratislawia I, II und III gegen Silesia-Kickers I und II und Rosenthal III steigen zur selben Zeit auf dem Askaniaplatz Ofener Straße. Canth II — Bruchbischdorf I steigt um 13 Uhr in Canth, Schiri 119. Groß-Rädlitz II — Hundsfeld II leitet anstelle Rosenthal Schiri Nr. 109. Südost III — Stern III steigt um 9,30 Uhr in Gräbschen, nicht Klettendorf. Einheit I — Schlesien I steigt um 17 Uhr Pfeilplatz (Zankholzwiese). Wacker III — 1921 III fällt aus.

Wassersport

1. Arbeiter-Angler-Verein. Heute, 20 Uhr, im Gewerkschaftshause Versammlung. Anschließend Angelkartenausgabe.

Freie Schwimmer Breslau. Kinderabteilung Nord. Der Turnbetrieb fällt ab diese Woche aus. — Montag, 19½ Uhr: Vereinsfunktionärversammlung im Gewerkschaftshaus.

Touristenverein „Die Naturfreunde"

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Breslau. Alle Mitglieder treten heut bei der Hammerschaft der Sportler im Außenring der Jahrhunderthalle an. Freitag, 17 Uhr, treffen sich alle Interessenten für Hand- und Faustball auf dem Feld 5 im Stadion. — **Photosektion.** Sonntag, den 17. Wanderung ab Hindenburgbrücke, 7 Uhr. Wir sind so wieder zurück, daß eine Beteiligung an der Kundgebung der Eisernen Front in der Jahrhunderthalle möglich ist. — **Tanzkreis.** Diesen Sonnabend ist bestimmt wieder Ueben von alten Volkstänzen in der Turnhalle der Katharinenschule, Rosenstraße 2. Gäste willkommen!

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund, Ortsgruppe Brocken-Tschansch. 15. April, 19,30 Uhr, bei Taube: Vereinsabend. 17. April, Pflichttour Bezirkssternfahrt nach Neumarkt. Treffpunkt früh 6 Uhr bei Taube.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer, Gau 8, Bezirk 1

Achtung, Kraftfahrer! Am Sonntag findet die Bezirkssternfahrt statt. Start 8 Uhr, Platz der Republik. Die umliegenden Ortsgruppen von Deutsch-Lissa treffen sich 8,30 Uhr in Deutsch-Lissa.

Athletik

Freie Sportvereinigung 1897. Am Sonnabend, den 16. April, 20 Uhr, sämtliche Handballer bei Klante; am gleichen Abend in den Zentralhallsälen starten unsere Ringer beim Stiftungsfest der Kraftsportvereinigung West 21. Der nächste Kampfabend im Ringen wird am Freitag, den 22. April, in Pjörtners Festsälen, Gräbschener Straße 141, von der Vereinigung durchgeführt werden.

Kampfteg im Ringen der Sportvereinigung Nordost 03, Breslau 28. April, 19,30 Uhr, Turnhalle Brockauer Straße 12/14. Am Start sämtliche Vereine Breslaus. Beginn der Kämpfe 19,30 Uhr. Eintritt pro Person 10 Pf. Erscheint in Massen. Unterstützt uns Schwerathleten.

Sportvereinigung Nordost 03, Breslau. 17. April, vormittags 8½ Uhr, bei Zoudlik, Königgrätzer Straße 10: Vierteljahresversammlung.